

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter-Abonnement: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltung-Breite für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 13. Juli 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Besteuerung der Börsengeschäfte.

Graf Caprivi hat gesprochen, aber keine Klarheit über die zukünftige Finanzpolitik des Deutschen Reichs geschaffen. Das er auf zwei der drei B, die Erhöhung der Brantwein- und Biersteuern verzichtet und nur das dritte B, die Börsensteuererhöhung in der nächsten Session fordern wollte, ist ja an sich erfreulich, aber enthüllt uns keineswegs das Geheimnis, wie die Kosten der Militärausgaben aufgebracht werden sollen. Denn darüber kann kein Streit sein, daß man die Gesamtkosten unserer Heeresvermehrung nur zum geringsten Theile durch Besteuerung der Börsengeschäfte aufbringen kann. Auch Graf Caprivi läßt sich hierüber nicht. Er spricht von drei Grundzügen seiner Steuerpolitik: 1. Reform der Börsensteuer, 2. die anderen Steuern auf die leistungsfähigsten Schultern zu legen und die schwachen Kräfte zu schonen, 3. das landwirthschaftliche Gewerbe von neuen Steuern frei zu lassen.

Der 3. Punkt dieses Programms ist der klarste und leider selbstverständlich. Der Reichstag hat eine agrarische Mehrheit, ein Verzicht auf die Viebesgabe, eine stärkere Heranziehung des Großgrundbesitzes zu den Militärlasten ist von diesem Reichstage nicht zu erzwingen. Punkt 2 und Punkt 3 des Caprivi'schen Finanzprogramms widersprechen sich, denn wo sollen leistungsfähigere Schultern als Träger der neuen Steuern zu finden sein als bei den Pfl., Hohenlohe, Mirbach etc. etc. Wenn die Landwirtschaft von neuen Steuern frei bleiben soll, die Börsen nur einen Theil aufbringen soll, so müßte, wäre Graf Caprivi mächtig genug hierzu, den Stamm und Krupp, den Schlot und Grubenbaronen in irgend einer Form der Besteuerung des großindustriellen Kapitals der Haupttheil der neuen Militärlasten aufgelegt werden. Es mag ja sein, daß dem Grafen Caprivi persönlich diese Steuerobjekte als die geeignetsten Träger der neuen Lasten erscheinen, aber als Reichskanzler weiß er nur zu gut, daß ihm hierzu die Macht fehlt. Die Nationalliberalen würden nicht so energisch für alle Regierungsforderungen eintreten, wüßten sie, daß die von ihnen vertretene Klasse die durch die Annahme der Vorlage entstehenden Lasten hauptsächlich zu tragen hätte.

Hierzu wäre das Schlotjunkerthum nur bereit, wenn die Reichsregierung durch Rückwärtsrevidirung der sozialen Gesetzgebung, durch Verstrafung des Kontraktbruchs und Aehnliches, dem Unternehmertume einen Preis auf Kosten der Arbeiter zahlen würde. Wir glauben aber nicht, daß man angesichts des Wachstums der Sozialdemokratie derartige durchzuführen versuchen wird.

Trotz des Vertrauens, das Graf Caprivi beweglich vom Reichstage forderte, können wir nicht umhin, dem Punkt 2 seines Finanzprogramms gar keine Bedeutung beizumessen und mit dem größten Mißtrauen den Finanzvorlagen der Regierung entgegenzusehen. Wir haben allen Anlaß das Bösste zu befürchten und auf alle Ueber-

rassungen gefaßt zu sein, wir müssen gewärtig sein, daß man dem Reichstage zumuthet, einem Tabakmonopole und vielleicht noch anderen Monopolen zuzustimmen.

Wir müssen dies befürchten, weil die einzige beabsichtigte Steuermaßregel, von der man dem Reichstage Mittheilung zu machen geruht, die Börsensteuer, nicht allzugroße Erträge liefern wird.

So wie nur irgend jemand im Reiche sind wir dem Gedanken der Börsensteuer sympathisch gesinnt. Freilich nicht zur Deckung für neue Militärausgaben, sondern wenn damit andere drückende Steuern beseitigt werden sollen. Aber alle Sympathie für die Besteuerung des Börsenkapitals darf uns nicht blind machen für die doch nur beschränkte Möglichkeit, hohe Steuererträge aus der Börse zu ziehen.

Um dies klar zu machen, muß hier einiges über das Wesen der Börse und über die Art der Börsengeschäfte vorausgeschickt werden.

Die Börsen sind Orte, an denen sich Kaufleute, Bankiers etc. oder deren Vertreter regelmäßig zusammenfinden, um entweder direkt oder indirekt durch Vermittlung von Maklern Geschäfte mit einander zu machen. Es giebt Effekten-, allgemeine Waaren-, dann spezielle Getreide-, Kohlen-, Kaffee-, ja selbst Schuhwaaren- und andere Börsen. Wir wollen hier bloß von den Börsen im engeren Sinne, den Effektenbörsen sprechen, weil an sie bei den Angriffen auf die Börse und bei den Plänen, Börsengeschäfte zu besteuern, vornehmlich gedacht wird.

Die Effektenbörse ist der Markt für Kreditpapiere und Geld, an ihr werden die Schuldverschreibungen der Staaten, Kreise und Gemeinden, Hypotheken-Pfandbriefe, Aktienanteile von industriellen Unternehmungen, Transporteinrichtungen, Banken und Versicherungs-Gesellschaften, Prioritäten (Schuldverschreibungen) der Aktiengesellschaften, dann Wechsel und ähnliche Darlehensdokumente Privater, sowohl inländische als ausländische, endlich auch edles Metall, Gold und Silber, in Barren (ungemünztem Zustande) und in fremden Münzsorten gehandelt.

Die Börse wird, indem sie den kapitalistischen Verkehr vermittelt, zum unentbehrlichen Markt für die Kreditpapiere und somit zu einem notwendigen Gliede unserer Kreditwirtschaft. Da sich in der Gegenwart aller Vermögensbesitz immer mehr in den Besitz von Werthpapieren verwandelt, so ist auch die Bedeutung der Börse in stetem Wachsen begriffen, wir erinnern nur an die Milliarden von Staatspapieren, die seit 30 Jahren auf den Markt geworfen wurden, an die Unzahl von "Gründungen" von industriellen Unternehmungen, Bergwerken, Transport- und Versicherungsanstalten, die nunmehr als Börsenwerthe zum Handelsobjekte der Börsenkäufer geworden sind.

In weiten Kreisen des Volkes ist der Glaube verbreitet, daß das Börsengeschäft ein notwendigerweise schwindelhaftes sein müsse. Vom Standpunkte der kapitalistischen Wirthschaftsordnung aus, auf dem doch die Hauptgegner der Börse, Agrarier und Antisemiten, stehen, sind keineswegs sämtliche Börsengeschäfte zu verurtheilen.

Wer seinen Geschäftsgewinn, seine Ersparnisse, eine ihm zugefallene Erbschaft in zinstragenden Papieren anlegen will, muß sich heute nothwendiger Weise direkt oder indirekt an die Börse, als den Markt für Werthpapiere wenden und macht dabei ein durchaus solides Geschäft. Das gleiche gilt von demjenigen, der eine Zahlung in fremden Goldmünzen empfangen hat, dem ein Wechsel oder eine Anweisung auf eine ausländische Bank an Zahlungsstatt übergeben wurde, alle diese müssen durch die Börse ihre fremden Werthe in deutsche Reichsmünze umwandeln lassen; diese und so manche andere Geschäfte sind durchaus solide, die Börse ist gegenwärtig für diese Geschäfte ein unentbehrlicher Markt. Eine privatkapitalistische Gesellschaftsordnung mit entwickeltem Kreditssysteme ist ohne Börse undenkbar.

Bei den Börsensteuer-Plänen handelt es sich in der Regel nicht bloß um eine reine finanzpolitische Maßregel, sondern auch um eine wirthschaftspolitische Aktion. Man will das unsolide, reine Spekulationsgeschäft, das an der Börse betrieben wird, stärker treffen als andere in der bürgerlichen Gesellschaft als solider angesehene Geschäfte. Unter diesen Spekulationsgeschäften versteht man in der Regel die sogenannten Zeit- oder Differenzgeschäfte, in denen für einen späteren Zeitpunkt die Lieferung bestimmter Werthpapiere zu einem bestimmten Preise (Kurse) vereinbart wird, wo aber beim Geschäftsabschlusse weder Käufer noch Verkäufer an die wirkliche Ausführung des Geschäftes denken, sondern das Geschäft lediglich mit der Absicht eingehen, um am Erfüllungstage an dem Unterschiede des erwarteten und des tatsächlichen Preises der Werthpapiere zu profitieren. Die Juristen erklären solche Geschäfte, weil sie bloß Glücksspiele oder Wetten sind, für unklagbar. Abgesehen von betrügerischer Beeinflussung des Preises von Werthpapieren durch Verbreitung falscher Nachrichten u. dgl. bilden diese Zeitgeschäfte den Hauptinhalt des Börsenschwindels. Leider kann man diese schwindelhaften Differenzgeschäfte in keiner Weise von ganz ehrlich gemeinten Geschäften, in denen ein späterer Lieferungsstermin vereinbart ist, unterscheiden.

Hierin liegt die eine große Schwierigkeit der Besteuerung der Börsengeschäfte, daß es kein Mittel giebt, die unsolidesten Börsengeschäfte höher zu besteuern als die ganz reinlichen, daß demnach dem Prinzip der Gerechtigkeit nicht Rechnung getragen werden kann. Eine andere Schwierigkeit besteht darin, daß man die Geschäfte nicht im Verhältnis zum Gewinn, sondern nur die Größe des Umsatzes oder das Werthpapier an sich besteuern kann. Wählt man letzteren Weg, so besteuert man den Eigentümer einer englischen Staatsschuldverschreibung, die wegen ihres gleichbleibenden Kurzes selten den Besitzer wechselt, bedeutend höher, als die Aktie irgend einer obfluren Messinglinienfabrik, die wegen künstlich hervorgerufener Kursschwankungen mehrmals in einem Monate den Besitzer wechseln mag. Ebenso ungerecht kann die Besteuerung des Besitzwechsels von Werthpapieren nach der Höhe des Um-

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

14

Die Bekehrung André Savenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Rumer.

"Nun, mein Gott, das ist sehr einfach! Vor allen Dingen wollen wir sie erziehen, so gut wir können! Ich, wie Sie mich hier vor Ihnen sehen, Herr, ich treibe ein Geschäft, das Ihnen für einen Sozialisten sehr eigenhümlich vorzukommen mag, das mir aber das einbringt, was ich zum Leben brauche. Ich bin nämlich bei einer Bankfirma der — wie nenne ich's am besten? — Rathgeber in kaufmännischen Angelegenheiten. Ich bin schon seit langer Zeit Bankbeamter und kenne als solcher alle Schliche und Kniffe der Börsenoperationen, alle Geheimnisse des Finanzwesens aus dem Grunde. Meine Chefs legen mir alle Projekte zu neuen Unternehmungen vor; ich prüfe sie eingehend; ich berechne, ob das vorgeschlagene Geschäft unsicher ist oder ob es einen Gewinn verspricht. Darnach sage ich dann entweder: Sie können losgehen, oder aber: Hier müssen Sie sich vorsehen. Ich bin ganz allein für mich eine Art Bureau für vertrauliche Auskünfte. Ich nehme zugleich einen Vertrauensposten und den schönsten Beobachtungsposten ein, der sich denken läßt, und von dem aus ich die schmutzigsten Dinge mit ansehe."

"Und was sehen Sie da?" fragte André neugierig.

Zunächst die Kunststücke der Spekulanten. Die närrischsten Schurken, versichere ich Sie! Auf sie paßt das Wort, das unser alter Rabelais einmal geschrieben: Sie bewachen nicht das Haus, wie der Hund, sie ziehen nicht die Wagen wie die Ochsen, sie geben nicht Milch und Wolle wie die Schafe, sie schleppen nicht Lasten wie das Pferd; sie plündern und verwüsten nur alles! Sie leben von den Raubzügen, die sie gegen alle, die arbeiten, unternehmen. Und diese Zöllner und Geldwechsler sind unsere Herren!"

"Sie übertreiben wohl etwas!" sagte André. "Ich übertreibe?" erwiderte heftig der Alte. "O, mein Herr, Sie kennen die schreckliche Macht des Geldes, Sie kennen seine Verbrechen noch nicht! Ja, Herr, seine Verbrechen!"

"Das arme Geld sollte wirklich so schuldig sein?" wandte André, überrascht von der Festigkeit des Alten, ein. "Ich habe immer nur davon gehört, daß es schön und gute Dinge schafft. Hätten wir denn ohne das Geld Wege, Kanäle, Eisenbahnen, Paläste und Schulen?"

"Ja," erwiderte der Alte. "Das sind schöne Werke, die diejenigen, welche Geld haben, von denen ausführen lassen, die keines haben! Ganz anders ist die Sache, wenn das Geld wirklich zum Nutzen aller verwendet wird. Was ich verdamme, das ist das Geld, das zum Zwecke des Lebens und zum Maßstab des Verdienstes geworden ist. Ihre Majestät die Million ist die Königin und Tyrannin unserer Gesellschaft geworden. Wissen Sie, was arm sein heißt? Die Armuth ist die große Verführerin. Sie verführt zum Krächchen und Speichellecken vor den Reichen und Mächtigen. Stolz und Redlichkeit stellt sie auf die härteste Probe. Sie lehrt Euch Heuchelei, Betrug und Diebstahl. Sie ist es, die die Mitgift- und Erbschaftsjäger schafft. Wissen Sie, was

der Reichtum ist? Er ist's, der alles in Grund und Boden verdirbt. Er lehrt Euch das Faulenzen, er lehrt Euch die Ungerechtigkeit; er schafft die Wülfinge und die Wölfe der Börse. Er verfälscht alles, macht sich alles unterthan, sogar die öffentliche Meinung. Versuchen Sie nur einmal, gegen die Macht des Geldes zu schreiben. Dazu brauchen Sie ein Blatt, und kein Blatt ohne Geld. Forschen Sie nach der nothwendigsten, ausschlaggebenden Eigenschaft eines Kandidaten, Sie werden finden, daß sie in einer gefüllten Börse besteht. Ich muß immer lachen, wenn ich höre, wie sonst ganz vernünftige Leute die soziale Frage als eine Frage, die nur die Arbeiter angeht, hinstellen. Sie ist weit umfassender, weit tiefer. Es handelt sich nicht nur darum, daß die Arbeiter nicht mehr hungern und verhungern sollen. Es handelt sich auch darum, die tyrannische Herrschaft des Geldes zu brechen, die Vorrechte des Reichtums zu beseitigen, eine Gesellschaftsform zu finden, welche die Ungleichheit des Besitzes auf ein Minimum reducirt. Nur der ist ein wahrer Sozialist, der an diesem Werke mit arbeitet."

"Ich verstehe das Problem sehr wohl, und es interessiert mich lebhaft," sagte André, worauf das junge Mädchen ihm einen schnellen, erstaunten Blick zuwarf. "Ich sehe aber die Mittel nicht, durch welche das Problem zu lösen ist."

"O," meinte der Alte lachend, "Mittel giebt es genug. Wir haben sogar viel zu viel. Die Einen, zu denen ich nicht gehöre, predigen die Gewalt. Die Andern fordern eine Reihe von allmählich einzuführenden Reformen. Jene glauben an eine bald hereinbrechende Revolution, diese rechnen mit der Zeit und der fortschreitenden Entwicklung. Aber, mögen sie nun für ein schnelles

faßes sein. Bei einem Geschäftsumsatz von einer Million englischer Staatspapiere kann ein geringerer Gewinn erzielt werden als beim Verkauf von 10 000 M. Aktien einer Pferdeisenbahn-Gesellschaft, und doch wird man beim ersten Geschäft hundertmal mehr Steuer zu zahlen haben als beim zweiten Geschäft.

Man plant auch, die Börsen selbst zur Verteilung der Steuerlast unter die Börsenbesucher zu zwingen, die Steuer auf die Börsen zu „kontingentieren“. Dies wäre ja für den Sekretär des Reichsschatzamtes wohl sehr bequem, würde aber aller Voraussicht nach die Folge haben, daß die Börsenkönige die Lasten auf die Kleinsten mit Erfolg abzuwälzen suchen werden.

Doch dies sind lediglich technische Schwierigkeiten, auf die nur hingedeutet werden soll. Liegt die Börsensteuer-Vorlage vor, dann wird es erst Zeit sein zu prüfen, ob diese Schwierigkeiten überwunden werden konnten, was wir ja auf das lebhafteste wünschen, weil erst die Durchführung des Prinzips der Gerechtigkeit die möglichst starke Heranziehung der Börsengeschäfte zu den Staatslasten ermöglichen wird. So sehr wir dies wünschen, so sehr zweifeln wir an der Möglichkeit einer solchen Lösung der Börsensteuer-Frage, weil die notwendige Grundlage richtiger Maßregeln, eine klare, tief in ihr Wesen eindringende Statistik der Börsengeschäfte nicht zu gewinnen ist.

Die Hauptschwierigkeit, die sich einer unserer Wünsche entsprechend starken Besteuerung der Börsengeschäfte entgegenstellt, besteht in dem merkwürdigen Umstande, daß das Börsenkapital im Gegensatz zum landwirtschaftlichen und industriellen Kapitale sehr leicht auswandern kann, ohne daß die Kapitalbesitzer mit auswandern müssen.

Ein großer Teil der Börsengeschäfte wird schon heute und der überwiegende Teil der sonstigen Börsengeschäfte kann leicht statt in Frankfurt a. M., Berlin oder München in Wien, London oder Paris ausgeführt werden. Mit Hilfe der Telegraphen und des Telephons werden schon heute von deutschen Bankiers zahllose Geschäfte auf ausländischen Börsen abgeschlossen. Erhöht man nun die Börsensteuer so stark, daß sie bei vielen Geschäften einen erheblichen Teil des Gewinnes ausmacht, so werden unsere Börsenrührer ruhig in Berlin, Frankfurt a. M., München bleiben, mit ihren Spekulationen aber diejenigen Börsen beglücken, die in Ländern liegen, wo die Börsengeschäfte noch nicht oder erst unbedeutend besteuert werden.

In dem, was wir hier ausführten, liegt gleichzeitig der Vorschlag, diese Schwierigkeit zu umgehen. Deutschland müßte mit sämtlichen großen Handelsstaaten ein internationales Übereinkommen betreffs der gleichen Besteuerung sämtlicher an den Börsen der betreffenden Staaten abgeschlossener Börsengeschäfte eingehen. Gelingt dies, dann ist erst die Hauptschwierigkeit, die eine stärkere Besteuerung der Börsengeschäfte hinderte, glücklich aus dem Wege geräumt.

So lange aber dieses Übereinkommen nicht abgeschlossen ist, werden die Erträge aus den Börsensteuern kläglich klein bleiben. Für das Staatsjahr 1893/94 sind im ganzen für die Börsensteuer im Verein mit Lotteriestempel und dergleichen 27 171 000 M. als voraussichtliche Einnahme veranschlagt. Gelingt es, 10—12 weitere Millionen aus der Börse herauszuschlagen, so wird Herr von Malchahn wahrscheinlich recht zufrieden sein. Nicht aber wir, weil wir fürchten müssen, daß die vielen übrigen Millionen, die der Kriegsmünzmeister haben will, auf dem Wege der Monopole, der Verbrauchsbesteuerung und dergleichen aus den Armen herausgepreßt werden sollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juli.

Der Bundesrath genehmigte in seiner am 11. Juli abgehaltenen Plenarsitzung den Nachtragsetz zu dem Reichs-Haushalt für 1893/94 und überwies den Antrag Wabens, betreffend Maßnahmen zur Bänderung des Futtermangels für den Betrieb landwirtschaftlicher Brennereien, sowie die Vorlage für Elsaß-Lothringen über die Erhöhung der Weinsteuer für Feigen-, Johannisbrot- und Zamarindenwein an die zuständigen Ausschüsse.

oder langsames Vorgehen sein, alle haben dasselbe Ziel, alle wollen, daß man in der zukünftigen Gesellschaft nicht mehr reich oder arm, als Edelster der Nation oder als Plebejer geboren werden soll. Alle Kinder sollen in der Wiege schon die gleiche Möglichkeit, sich in voller Freiheit zu entwickeln, bekommen. Jede Generation soll auf diese Weise alle ihre Blüten zur Entfaltung, alle ihre Früchte zur Reife bringen.

„Das ist ein erhabenes Ideal. Aber ist es möglich, dieses Ideal jemals zu verwirklichen?“ erwiderte André. „Ich möchte Ihre Lehren gern eingehend studiren, was würden Sie mir da zur Bekräftigung empfehlen?“

Water Deschamps, der sich in seiner Eigenliebe ein wenig geschmeichelt fühlte, begann nun, dem Schüler, der sich so unerbötigt an ihn um Belehrung gewandt hatte, eine lange Reihe von Büchern zu nennen, während Johanna und Magdalene im Nebenzimmer verschwanden, um die nöthigen Vorbereitungen zum Abendessen zu treffen. André benutzte ihre Abwesenheit, um Water Deschamps mitzutheilen, daß die Kleine gewiß etwas Wäsche und einige Kleider nöthig habe. Seine Mutter und seine Schwester würden es übernehmen, für alles Nöthige zu sorgen. Sie müßten aber vor allen Dingen die Maße zu den Kleidungsstücken haben. Er bitte also darum, daß Fräulein Johanna an einem der nächsten Tage die Kleine nach der Muriellostraße führe. Johanna, die von ihrem Großvater hereingerufen wurde, willigte in den Vorschlag, ohne sich erst lange bitten zu lassen. Die Aussicht auf diesen Besuch erweckte Magdalenes lebhafteste Freude, sie war von dem Gedanken ganz entzückt, ihren Freund André einmal in seinem Hause zu besuchen. Beim Abschied glaubte André zu bemerken, daß das junge Mädchen ihm nicht mehr mit der eisigen Kälte begegnete, die sie vorher ihm gegenüber an den Tag gelegt. Als sie ihm Lebewohl sagte, fand er, daß ihre tiefe Stimme auch weicher Laute fähig war, wie er sie vorher nie aus ihrem Munde gehört.

André täuschte sich nicht. Johanna war in der That sanfter geworden und nicht nur in ihrem Verhalten gegen ihn. Ihre Pflegemutterschaft, die dem jungen Mädchen so plötzlich zugesallen war, ließ alle

Aus dem Reichstage. Zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, haben Prinz zu Schönau-Carolath und Rösche folgenden Antrag, betreffend die Formulirung der zweijährigen Dienstzeit, eingebracht:

Die Einleitung des Artikels II wie folgt zu fassen: „Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 treten bezüglich der aktiven Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft, welche für die spätere Zeit auch so lange gelten, als die Friedenspräsenzstärke nicht unter die im Artikel 1 § 1 Absatz 1 bezeichnete Zahl herabgesetzt werden wird und die im § 2 vorgesehenen Neuformationen erhalten bleiben.“

Nach dem vordirten amtlichen Fraktionsverzeichnis zählen die Sozialdemokraten 43 Mitglieder, die Deutschkonservativen 68, Reichspartei 27, Deutsche Reformpartei 10, Zentrum 99, Polen 19, National-liberalen 62, Freisinnige Vereinigung 13, Freisinnige Volkspartei 22, Süddeutsche Volkspartei 11, bei keiner Fraktion 28. Es finden noch sechs Nachwahlen statt.

Die bayerischen Landtagswahlen. Aus Nürnberg wird dem „Vorwärts“ unterm 12. Juli telegraphirt: Bei der heute stattgehabten Landtagswahl wurden Erlangenberger, Löwenstein, Scherm, Ehrhart mit 143 gegen 108 Stimmen gewählt. — In München II ist, wie vorausgesehen war, Dollmar gewählt worden.

Die Reichsschulden betragen nach dem Bericht der Reichsschulden-Kommission am 31. März 1892 1886 Mill. Mark, und zwar 1686 Mill. Mark verzinsliche Anleihe, 30 Mill. Mark Schatzanweisungen, 120 Mill. Mark Reichsschatzschneide. Seitdem ist im April 1893 eine weitere Reichsanleihe von 160 Mill. Mark ausgegeben. Abgesehen davon sind auch freihändig dreieinhalbprozentige Reichsanleihen verkauft worden, so daß die zweite Milliarde der Reichsschulden längst überschritten ist. Trotzdem wird munter fortgepumpt, und das Volk zahlt die Beche.

Es wird immer schöner. Für kolonialpolitische Zwecke soll nach der „Tägl. Rundschau“ in der nächsten Herbstsession eine Summe von vier Millionen Mark in einer besonderen Vorlage verlangt werden. — Wenn sich dies bestätigt, so erhöhte sich die Summe, welche durch neue Steuern vom deutschen Volk schon für die Militärvorlage ausgebracht werden soll, noch um eilf Millionen.

Die amtliche Wahlstatistik ist noch nicht veröffentlicht, obgleich seit dem Tage der allgemeinen Wahl, dem 15. Juni, nun volle 4 Wochen verfloßen sind. Mag die „deutsche Langsamkeit“ als „nationale“ Eigenschaft, auf die wir freilich nichts weniger als stolz sind, unserer Reichsregierung auch noch so menschenfreundlich als „milde“ Umstand“ angerechnet werden — so viel steht fest, man hatte reichlich Zeit, die amtlichen Ziffern zusammenzustellen und in einer Tabelle zu veröffentlichen. Die „Norddeutsche Allgemeine“ meint heute Abend allerdings — gegen eine Notiz der „Freisinnigen Zeitung“ — die Partei-Angehörigkeit verschiedener Kandidaten sei noch unklar, das verzögere die Fertigstellung; und auch nach früheren Wahlen sei die amtliche Statistik erst nach 2—3 Monaten erschienen. Letzteres ist richtig, wenn auch keine Entschuldigung. Uebrigens gestehen wir zu, daß eine ins Einzelne genaue Wahlstatistik längere Zeit erheischt. Aber was aus alle Fälle jetzt schon hätte geschehen können, das ist eine vollständige Zusammenstellung des Ergebnisses, mit Bezeichnung der fragwürdigen oder zweifelhaften Kandidaturen. Der Leser wäre dann im Stande gewesen, sich ein Urtheil zu bilden. Und wir hegen auf Grund des uns bekannten Materials die feste Ueberzeugung, daß die Zahl der nicht fragwürdigen Stimmen schon eine starke absolute Majorität gegen die Militärvorlage ergibt. Die Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist auch so gehalten, daß sich aus ihr auf einige Verlegenheit der Reichsregierung schließen läßt.

Futtermoth. Die königlich sächsische Regierung hat durch Bestellung größerer Mengen von Kraftfuttermitteln Fürsorge getroffen, daß der Bedarf an Futtermitteln zunächst gedeckt werden kann. Es wurde dagegen, für unthunlich befunden, eine bare Unterstüzung an die durch den Futter-

bisher verborgenen Quellen von Liebe und Bärtlichkeit in ihr zu Tage treten. Ihr Großvater hatte ihr, in dem Bestreben, sie gegen alle Unbilden und Wechselfälle des Lebens innerlich zu festigen, eine fast männliche Erziehung gegeben und vor allem ihre Energie entwickelt. Er hatte sie gelehrt, ohne Scheu jederzeit ihrem Willen und ihrer Meinung Ausdruck zu geben, für sich über alles nachzudenken, kurz in allen Dingen auf eigenen Füßen zu stehen. Dabei aber hatte er die sanfteren, echt weiblichen Eigenschaften ihrer Seele, die nach seiner Ansicht nur eine Gefahr für sie sein konnten, nicht gewekt.

Nun war Johanna, nachdem sie der Zufall mit der Fürsorge für ein Kind betraut hatte, wie erfüllt von einem warmen, weichen Hauch der Liebe, der von der sonstigen Herbitheit ihres Charakters sehr abstach.

Für Magdalene war sie beinahe kokett geworden, es machte ihr jetzt ein Vergnügen, Kleider und Hüte für das Kind anzufertigen. Sie empfand die größte Freude dabei, die Mama zu spielen, die Kleine Abends ins Bett zu bringen, sie an- und auszukleiden, ihr seidenweiches Haar zu büxten. Sie fand wie von selbst zärtliche Kosworte, sie ersand Liebkönnungen, um die zu erwidern, mit denen Magdalene sie überhäufte. Sie empfand sogar ein wenig Stolz und Freude darüber, daß sie nun die einzige Stütze der kleinen Verlassenen war und alle ihre Zuneigung fast ausschließlich befaß. Wie es so häufig im Leben vorkommt, so war es auch hier: das Kind vollendete die Erziehung seiner Mutter. Es lehrete sie zu plaudern, zu lachen, tausend Kindereien und kleine Scherze zu treiben, die sich in ihrem sonst so ernsten Leben wie eine Schaar munterer Vögel in einem düstern Tannenwalde ausnahmen. Uebrigens war Magdalene auch wie geschaffen für sie. Sie war ein sehr nachdenkliches Kind. Wenn sie eben noch die tollste Ungelassenheit gezeigt hatte, so konnte sie auch Stunden lang wieder in schweigendem Sinnen dasitzen. Sie spielte und tummelte sich leidenschaftlich gern im Freien umher, was übrigens vielleicht das mächtigste Bedürfnis in jedem gesunden Kinde ihres Alters ist. Durch das Unglück frühzeitig gereift, besaß sie auch einen gewissen Ernst, und oft stellte sie Betrachtungen an, die in Johanna für einen

mangel in Noth gerathenen Viehbefizer zu gewähren“ Wenn es sich um Agrarier handelt, ist der „Kader von Staat“ hilfsbereiter.

Da war die Antwort Junker Alexanders: „Ja, Bauer, das ist ganz was anders.“ — Immerhin thut Sachsen mehr als der mächtigste Bundesstaat, Preußen, das doch nach der „National-Zeitung“ „mit seinem gewaltigen historischen Aufbau“ der „Kern des deutschen Reiches“ sein soll.

Militärisches. Im „Gothaischen Volksblatte“ liest man: „Ein Akt schlimmster Art wird uns von Augenzeugen berichtet. In der Nähe der sieben Teiche, wo das Wasser für die nach dem Gothaer Schlachthaus bestimmte neue Leitung gefaßt wird, befindet sich eine offene Feldscheuer, an welcher eine Abtheilung Trommler und Hornisten der hiesigen Garnison im Sommer ihre Uebungen abzuhalten pflegen. Vor einiger Zeit trafen diese Leute einen Handwerksburschen in dieser Scheune schlafend vor. Der Tambourmajor befaß, den Mann an einen Baum im Freien anzubinden und ließ ihn dort drei volle Stunden in der größten Sonnenhitze stehen, sodas dem Vermisten schließlich die Augen aus dem Gesichte hervorquollen. Unterdessen spielten die Spielleute dem Manne wie zum Hohn etwas vor. Ehe er losgebunden wurde, verlangte der Tambourmajor von dem Handwerksburschen, er solle den aussichtsführenden Herrn Wendt um Arbeit bitten, was ersterer, um loszukommen, auch that. Herr Wendt hatte die Menschenfreundlichkeit, den Handwerksburschen mit Speise und Trank zu requidiren, worauf dieser sich aus dem Staube machte.“

Das durch seine „Schmerzlosigkeits“-Urtheile bekannt gewordene Militärbezirksgericht hat den Gemeinen des 8. Infanterieregiments in Metz, Nadele aus Württemberg, wegen Beleidigung des Königs von Bayern, wegen „Aufwiegelung“, thätlichen Bergreifens an einem Vorgesetzten und Ungehorsams, zu einer harten Strafe verurtheilt. Er hatte am 19. März in einer Wirthschaft in Metz Pöbelereien, welche Beleidigungen gegen den König von Bayern, der bekanntlich unheilbar geisteskrank ist, enthalten haben sollen. Eine vorübergehende preussische Patrouille gebot Ruhe, ohne daß Nadele gegeben hätte. Auf dem Wege zur Wache, wohin Nadele mit Gewalt gebracht wurde, widerlegte er sich und vergriff sich an dem Sergeanten und dem Gefreiten. Das Urtheil lautete auf 6 Jahre 1 Monat Gefängniß!!!

Gegen einen Unteroffizier des Bataillons in Oera ist eine Untersuchung wegen Mißhandlung eines Soldaten eingeleitet worden.

Die Unsttte beim Turnen, Exerzieren u. s. w. mit dem Säbel nachzuhelfen, wird von den dummen, unverständigen Laien oft dahin aufgefaßt, daß diese Nachhilfe mehr Schläge gleiche, als einer gut gemeinten Hilfe. So war es auch kürzlich in Blankenburg, als ein Lieutenant beim Turnen einem Soldaten mit dem Säbel nachhalf. Der Thatbestand geht aus folgendem Schreiben hervor:

Blankenburg a. S., 28. 6. 98.
An Herrn B Zimmerstraße Nr. 3.

Auf Ihre Anzeige per Karte vom 20. Juni d. J., den Herrn Lieutenant von Haesten betreffend, theile ich Ihnen mit, daß die Angelegenheit eingehend untersucht und entsprechend erledigt worden ist. Durch die Militär- und Zivilzeugen ist festgestellt, daß weder eine Mißhandlung beabsichtigt war noch thätlich stattgefunden hat. Der angebl. Gemißhandelte Mann giebt selbst an, daß ihm die durch den Lieutenant von Haesten beim Turnen mit dem Säbel gegebene Hilfe auch nicht den geringsten Schmerz verursacht habe.

von Below,
Major und Bataillons-Kommandeur.

Jedenfalls wäre es besser, der Herr Major würde die Anwendung dieses sonderbaren Hilfsmittels ein für alle Mal verbieten. Denn derlei Dinge sind eine zweifelhafte Waffe. Nicht Jedermann faßt solche Säbelberührungen als bloße Nachhilfe auf.

Eine Baumbachade. Die absonderlichen Tänzeleien des Oberbürgermeisters von Danzig auf dem hohen Drahtseil höflicher Politik machen Schule. War da in Meiningen seitens der freisinnigen Volkspartei ein Schriftsteller Weigt aufgestellt als Kandidat, weitesten Kreisen eine gänzlich unbekannt Person. Während des Wahl-

Moment die Illusion erwecken, als spräche sie mit einer nur wenig jüngeren Schwester.

Am Morgen des nächsten Tages betrachtete Johanna lächelnd die Kleine, die in tiefem Schlummer in ihrem weißen Bettchen lag, die Wangen in die Hand gestützt. Sie veriperte einige Gewissensbisse, diesen schönen Schlaf zu stören; zudem war es Sonntag. Endlich entschloß sie sich, sie mit der Fingerspitze leicht zu berühren und anzureden: „Nun, Magdalene, Du willst mir heute wohl gar nicht helfen, gelt?“

Das Kind richtete sich auf, ein nervöser Schauder lief einen Augenblick über die zarten Glieder, dann öffneten sich die Augen groß und erlauten, endlich rief es:

„O, Mütterchen, es ist ja schon heller Tag! Es ist wohl schon spät?“

„Nicht Uhr vorüber, Du kleiner Faulpelz!“

„Ich stehe schon auf, ich stehe gleich auf. Aber zuerst muß ich Dir etwas ins Ohr sagen.“

Als Johanna sich ohne Argwohn über das Bettchen beugen wollte, hing die Kleine mit einem Sprung an ihrem Halse, drückte und küßte sie, daß ihr der Athem ausging und lachte unter Thränen über ihre gelungene Kriegsliste.

„Warte“, sagte sie, „dieser Kuß auf die Augen ist für Dich, der hier auf die Wangen ist für Großvater, und der hier auf Deine Hand ist für Freund André.“

Hier machte Johanna eine sehr heftige Bewegung, daß sie gegen die Lehne eines Stuhles stieß, den Magdalene benutzte, um in ihr Bett zu klettern.

„Kleines Märchen!“ sagte sie mit einem Ton, welcher streng sein sollte. „Willst Du wohl schnell aufstehen, anstatt hier zu schwagen?“

Einen Augenblick lang schwieg Magdalene bestürzt. Dann aber erröthete sie mit dem Schatzblick, der allen Kindern in Wirklichkeit nicht so böse war, wie es nach dem Ton ihrer Stimme schien. Die Kleine blickte sie schelmisch von unten herauf an und erklärte feierlich:

„Sieh, Mütterchen, jetzt bin ich so artig wie in der Schule!“

(Fortsetzung folgt.)

Kampfes durchließ nun die freisinnige Presse eine gar rührende Geschichte von einem freisinnigen Kandidaten in Meiningen, der von dem Herzog besagten Ländchens in seinem Schloßchen leutlich bewirkt worden sei. Serenissimus muß die Thatsache bestreiten. Das Wahlkomitee der freisinnigen Partei verwarf sich gegen die Annahme, daß es selbst oder der Kandidat die Geschichte in Umlauf gesetzt habe. Jetzt gesteht Herr Weigt ein, daß er dennoch selbst der Urheber dieser schönen Hofesmär war und meint, er müsse sich wohl „geirrt“ haben. Wer erinnert sich nicht der ähnlichen „Frrungen“ mit Herbette und dem Dänziger Säkularfest? —

Erbärmliche Polemik. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ weiß, um den Zentrumsführer Lieber zu verächtlichen, nichts Besseres zu thun, als die Nachricht zu kolportieren, daß er einen schwunghaften Handel mit „Gesundheitsbier“ treibe. Nun, wir lernen die Privatgeschäfte des Herrn Lieber nicht und haben auch keine Lust, seine Kunden zu werden, allein ein schwunghafter Handel mit Thee, sogar mit „Gesundheitsbier“, dünkt uns doch tausend Mal anständiger, als ein schwunghafter (Kuh-) Handel mit politischen Grundrissen. —

Das Geplänkel zwischen denen um Lieber und den Quenelings währt fort. Der Semmel-Schälche hat ausgestellt, daß der gegen die Militärvorlage gerichtete Passus des Zentrums-Wahlaufrufes von Lieber den armen hilflosen Mitgliedern des Fraktionsvorstandes aufgedrängt worden sei. Bei den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen, wo die große Masse der Wähler nichts dreinsprechen hat, wollen die Quenelings in Schlesien selbständig vorgehen. —

Deutsches Snobthum. Einen Snob nennen die Engländer eines jener charakterlosen Individuen, die von Bürgerstolz vor Königschronen reden, vor jedem Höherstehenden aber kriechen und schweißwedeln, und die in Verächtlichkeit geraten, wenn einmal ein lebendiger Fürst ein Wort an sie richtet, das keine Ohrfeige ist. In Deutschland, dem klassischen Land der Bedienten, ist auch die Spezie der Snobs besonders zahlreich vertreten. Gegenwärtig schwimmt unser Schriftstellerisches Snobthum in einem Meer von Wolle, weil ein deutscher Fürst — beiläufig in höchst gewagtem Deutsch — auf dem Münchener Schriftstellerkongress versichert hat, daß „er die hohe Bedeutung der Schriftsteller und Journalisten für unsere ganze Zeit und für die Menschheit zu schätzen weiß“.

Hoffentlich lassen die Bäcker und Fleischer sich ein ähnliches Zeugnis ausstellen. Verweigert wird es sicher nicht werden. — So servil und speichelleckerisch der Snob nach oben hin ist, so feigbrütal ist er, wenn er, im Schutz der Großen sich sicher fühlend, an einem Wehrlosen sein Mütchen zu knüpfen vermag. So schimpft jetzt unser nationalliberales Snobthum über die Elsäßer Katholiken, daß sie den Straßburger Polizeipräsident öffentlich wegen seiner famosen Redebüchlein an den Pranger gestellt haben. Der Mann habe ja gar nichts Unrechtes getan. „Daß ihm einmal ein kräftiges bawuarisches Wort einschlägig, ist menschlich und verzeihlich“ — also schreibt wörtlich die „Nationalliberale Korrespondenz“. In der Sache habe er ganz recht. Das ist die Bildung und der Anstand unserer Nordspatrioten! —

Der Bund der Landwirthe fühlt sich fieseigewiß, und er hat alle Ursache dazu. Er erklärt, daß keiner der Abgeordneten des Bundes „um der schönen Augen des Reichslanzlers irgend welche Konzessionen machen könnte“, Bum bum! —

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“, das heißt der aus den Konfessionen, Antisemiten, Nationalliberalen u. s. w. gebildete parlamentarische Ausschuss für Protektionierung und Volkswirtschaft, hat einen Statutenentwurf als Grundlage für ihre prospektive Wirksamkeit zusammengestellt. Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ soll nach § 1 der Statuten die Interessen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handwerks wirksam vertreten. Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ soll die Aufgabe haben, die Vorlagen der Regierung, welche in ihren Wirkungsbereich fallen, zu begutachten und eigene Anträge und Gesetzentwürfe einzubringen.

Schöne Aussichten! —

Der duellfichtige Vergessener Hilger, Hausgeist des berufenen Bergmannsfreundes, brütet sich in einer in dem dazu geeigneten Blatt, der „Rhein-Westfälischen Zeitung“, veröffentlichten Erklärung mit der Forderung zum Zweikampf. Ein preussischer Staatsbeamter, der dem Gesetze so offen Hohn spricht, verdient gebührend ausgezeichnet zu werden. Herr Hilger theilt zugleich mit, daß er am Tage nach der Ablehnung seiner Forderung den Grafen Schulenburg, sowie die verantwortlichen Redakteure einer Reihe von Blättern verklagt habe. So giebt Herr Ewald Hilger, königlicher Vergessener, Mitglied der königlichen Bergwerksdirektion Saarbrücken, aller Welt kund und zu wissen, Bergarbeiter, die ausstehen, um ihre Lage zu verbessern, werden abgelegt, politisch verdächtige Grubenleute erhalten Abwehrscheine, die ihnen die Bergwerksarbeit unmöglich machen, die Maßregelung unbehaglicher Beamter, die Einschränkung des Koalitionsrechtes für die Postbeamten sind landläufige Erscheinungen. Herr Ewald Hilger verhöhnt Gesetz und Recht — hat seine vorgesetzte Behörde ihn zur Ordnung verwiesen? — Nach bisher unverbürgten Nachrichten soll es doch noch zum Duell gekommen sein. In der „Freisinnigen Zeitung“ lesen wir darüber:

Für den Grafen Schulenburg war der Bergreferendar Hubert Fuchs eingetreten, aufscheinend nachdem zuvor eine gereizte persönliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Bergbeamten erfolgt war, und es fand Dienstag früh in der Umgegend von St. Johann ein Pistolenduell statt, wobei Bergarbeiter Hilgers todt auf dem Plage blieb. Der Grund für das Duell ist in einer Beleidigungsangelegenheit zwischen Hilgers und dem Grafen Schulenburg, einem Kandidaten des Zentrums, gelegentlich der letzten Wahl zu suchen. Graf Schulenburg hatte als Katholik die Forderung abgelehnt, worauf Fuchs für ihn eintrat. (!) Hilgers war verheiratet und Vater eines ein Jahr alten Zwillingspaars. Er hinter-

läßt ein bedeutendes Vermögen und war in der ganzen Gegend sehr beliebt. Fuchs hat sich nach dem Duell selbst der Behörde gestellt.

Ein würdiges Ende! —

Öffentliche Gesundheitspflege in Preußen. Von dem Kultusminister sind die Regierungspräsidenten angewiesen worden, bei Eintritt Aussehen erregender Ereignisse auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, ansteckender Krankheiten, gefährlichen elementaren Vorgängen u. s. w. ungesäumt Anzeige zu erstatten und zwar unter näherer Klarlegung des Thatbestandes, der Ursachen des Uebels und der zur Bekämpfung getroffenen Maßnahmen. Unsere öffentliche Hygiene steht noch in den Kinderschuhen, die Gemeindegewichte z. B. wird von der Befehlsgewalt so gut wie gar nicht beachtet, weil eben jeder gründliche Eingriff der Hygiene eine sozialpolitische Maßregel ist und dem Unternehmertum Bügel anlegt. —

Die Handelskammersekretäre, die dem Friedrichsruher Poltergeist ihre Aufmerksamkeit machten, obwohl Bismarck während seiner Kanzlerzeit alle nicht-schutzdinnerischen Handelskammern nach Kräften tribuliert hat, sind auf ihrer Konferenz in Kiel auch als „Sozialpolitiker“ thätig gewesen. Ueber ihre Verhandlungen, zu denen die Masse keinen Zutritt hatte, erfährt die „Vossische Zeitung“ u. a., daß man sich über eine übereinstimmende Wirthschafts- und Arbeiter-Statistik der Handelskammern einigte.

„Man beschließt“, heißt es in der „Vossischen Zeitung“, „den Handelskammern zu empfehlen, die Herstellung einer Statistik der industriellen Produktion zu versuchen. Die Aufstellung einer Arbeiter- und Arbeitslohn-Statistik wird als notwendig bezeichnet. Es wird aber anerkannt, daß manche auf diesem Gebiete neuerdings hervorgetretene Bestrebungen zu weit gehend und geeignet sind die öffentliche Meinung und die staatlichen Organe auf dem Gebiete der Sozialpolitik zum Vorgehen in falscher Richtung zu veranlassen. Es wird deshalb als wünschenswerth bezeichnet, daß die Handelskammern in Zusammenwirken mit den wirthschaftlichen Vereinen, Gewerbe-Inspektionen und städtischen statistischen Bureaus auf eine einfachere Gestaltung auch der amtlichen Statistik hinarbeiten. Zu diesem Zwecke wird die Aufstellung einzelner Mustererhebungen für empfehlenswerth gehalten.“

Die Zuverlässigkeit einer von den ausgesprochenen Vertretern der großkapitalistischen Interessen durchgeführten Arbeiterstatistik ist über jeden Zweifel erhaben, die Handelskammern sind in der That ebenso dazu berufen, wie der Bod zum Gärtner. Sie werden schon dafür sorgen, daß keine Erhebung über Lohn, Lebens-, Arbeitszustände der Arbeiter „zu weit gehe“, sie färben so rosig wie nur möglich. Der Beschluß der Handelskammer-Bedienten richtet sich offenbar gegen die arme, ach! viel zu wenig energische und leistungsfähige Kommission für Arbeiter-Statistik. Daß sogar die sanftlebende Reichskommission den Agenten der Schlotbarone ein Greuel ist, zeigt, was wir von der „Sozialreform“ der Besitzenden zu hoffen haben. —

Gefährliche Mordmaschinen sind die modernen Kriegsschiffe. — Das sagten wir schon, als wir den Zusammenstoß der zwei englischen Eisenpanzer Victoria und Camperdown — zweier moderner Schlachtschiffe ersten Ranges, zuerst besprachen. Während eines Manövers bei schönstem Wetter und glatter See stieß das eine auf das andere und bohrte es sofort in den Grund. Nachträglich erfahren wir nun, daß das Schiff, welches mit seinem Sporn das Bruderschiff versenkte, selber so beschädigt wurde, daß es ebenfalls mit Mann und Maus hätte versinken müssen, wenn nicht ein Hosen nahe gewesen wäre, in den es sofort sich flüchten konnte. „Was wäre geschehen, fragen die englischen Blätter, wenn das Spornschiff ein feindliches Schiff auf offener See mit voller Kraft angerannt hätte?“ Natürlich wäre es untergegangen mit Mann und Maus. Und auf solche Mordmaschinen sollen die Matrosen und Marinesoldaten vertrauen haben? Die Moral der Geschichte ist: Die modernen Mordmaschinen sind so gefährlich, daß man sie bald nicht mehr wird gebrauchen können. Und so tödtet der Moloch des Massenmords zu Wasser und zu Land unfehlbar sich selbst. —

Die Homeralebill langweilt das englische Unterhaus nicht bloß, sie verdirbt auch seine frommen parlamentarischen Sitten. Als ein konservativer Redner, Mr. Brodrick, die Irländer gestern „schwache und geldlose Rasse“ nannte, rief der Irlander Sexton: „Das ist impertinent!“ Der „Sprecher“ (Präsident) erklärte das Wort „impertinent“ für unparlamentarisch und forderte den Redner auf, die Bemerkung zurückzuziehen. Das wollte dieser nicht thun. Daraufhin erfolgte seine Ausschließung für den Rest der Sitzung. Herr Sexton, den der Vorwurf der „Geldlosigkeit“ ganz besonders erbittert zu haben scheint, weigerte sich aber zu gehen. Darob großer Tumult, bis endlich der alte Stadthone als Friedensstifter zu Herrn Sexton hintrat und ihn bestimmte, das Feld gutwillig zu räumen. Das rührte den Urheber des ganzen Tumults, Herrn Brodrick, so sehr, daß er seine Bemerkung „bedauerte“, und — von heute an arbeitet die „Guillotine“ wieder geräuschlos und löst einen Antrag nach dem andern mit stiller Gemüthlichkeit. —

Zahlen beweisen. Aus den Angaben eines französischen Fachblattes, des „Progrès Militaire“ (des Militärischen Fortschritts), über die Aushebung im Jahre 1891 geht hervor, daß die französische Bevölkerung seit Jahren und nicht allein infolge des Kriegsjahres 1870/71 in stetem Abnehmen begriffen ist, denn es betrug die Mindereinstellung im Jahre 1892 rund 20 000 Mann, im Jahre 1891 rund 18 000 Mann. Nach dem „Progrès Militaire“ vom 28. August und 19. Nov. 1892 ist diese bedeutende Abnahme der Bevölkerung eine stetig wachsende; im Jahre 1890 überstieg die Zahl der Todesfälle die der Geburten um 42 520. Das militärische Fachblatt findet den Grund einerseits in der großen Anzahl von Ehescheidungen (im Jahre 1892 allein 19 000), andererseits in der bekannten Unfruchtbarkeit der Ehen und der Menge von Todtgeburten, die in der Zeit von 1881 bis 1890 allein 432 000, mithin jährlich rund 43 000 betragen hat. Ein weiterer Grund liege in der großen Sterblichkeit der Kinder im Alter von 1—5 Jahren, eine Folge der mangelhaften Ernährung der Säuglinge, die in Frankreich von den Müttern der „besseren“ Klassen meist an Armen aus Land gegeben würden. Als letzten Grund erwähnt die Militärzeitung noch die in Frankreich in erschreckendem Maße herrschende Engelmaderei und die übliche Abtreibung. Trotz alledem wird der Popanz der französischen Deeresverfälschung zu Gunsten der deutschen Militärvorlage ins Gefecht geführt. Da es feststeht, daß die deutsche Bevölkerungszunahme jährlich mehr als 1 pCt. beträgt, während

der Rückgang der Geburtenziffer in Frankreich offen zu Tage liegt, erscheint das Schreckbild der Uebermacht Frankreichs um so un begründeter. —

Die Pariser Syndikate haben die Arbeitsbörse, damit keine Unterbrechung der Geschäfte eintritt, einweisen in ein Privatlokal der Rue Blaire, im Mittelpunkt von Paris, verlegt. Auch das amtliche Bulletin der Arbeitsbörse erscheint weiter, wenn auch vorläufig in verringertem Umfang. Die Arbeiter werden in die städtische Arbeitsbörse nicht eher einziehen, als bis die Regierung vollständig nachgegeben hat. —

Militärisches aus Dänemark. Die offiziöse „Polit. Korrespondenz“ berichtet aus Kopenhagen:

Die kürzlich unter den Truppen des in Kopenhagen garnisonierenden Genie-Regiments vorgekommene Meuterei wird überall, insbesondere aber in Armeekreisen lebhaft erörtert. Die Angelegenheit ist bis zur Stunde noch ziemlich unklar, da die Militärbehörden die Sache in Geheimnis zu halten suchen, so daß es sehr schwierig ist, Näheres hierüber zu erfahren. Den Anlaß zu der erwähnten Meuterei bildete eine im Genie-Regimente entstandene Unzufriedenheit, die insbesondere durch einen Befehl des interimistischen Regimentskommandanten hervorgerufen wurde, wonach ein Theil der bis dahin auf den Vormittag konzentrierten Übungen auf den Nachmittagsstunden zu technischen Nebenarbeiten zu verwenden. Die Aenderung soll auch von den Offizieren des Regiments als unklug und unpraktisch erachtet worden sein. Nach einer zwischen den Soldaten und den Unteroffizieren stattgehabten Besprechung begab sich eine Abordnung der letzteren zu dem interimistischen Regimentskommandanten, um ihn zu ersuchen, wenn möglich, die frühere Ordnung betreffs der Exercitien wieder einzuführen. Die Abordnung wurde jedoch von dem Kommandanten sehr ungnädig abgefertigt. Infolge dessen begannen die Soldaten in Anwesenheit der Unteroffiziere den Plan einer „Diensteseinstellung“ zu erörtern, und es scheint sehr fraglich, ob die Unteroffiziere irgend welchen ernstlichen Versuch gemacht haben, die aufgeregten Gemüther zu beruhigen und die Soldaten an ihre Pflicht zu erinnern. Gewiß ist, daß den Offizieren keinerlei Meldung über diese Vorgänge gemacht wurde, und zwar auch dann nicht, als schon ein geschriebener Rufus zur Beranstellung einer Manifestation unter den Soldaten zu gütlichen anfang. Es gelangte tatsächlich eine Meuterei zum Ausbruch, indem drei Kompanien sich aus der Kaserne entfernten und sich zu den besprochenen Übungen nicht einstellten. Es wurde sofort eine Untersuchung eingeleitet und die Rädelshörer der meuterischen Bewegung verhaftet. Die Verhöre nähern sich ihrem Abschluß, und noch vor Mitte des Monats dürften sämtliche Angeklagte dem Kriegsgerichte überwiesen werden. Besonders peinlich berührt der Umstand, daß mehrere Unteroffiziere der meuterischen Ingenieurkompanien, wie die Untersuchung erwie, von der geplanten Umgebung Kenntniß hatten, ohne davon an zuständiger Stelle Meldung zu erstatten. Die betreffenden Unteroffiziere befinden sich selbstverständlich in Haft. Derselben harret die Degradation und schwere Kerkerstrafe. 23 Soldaten, die als Rädelshörer der Meute anzusehen sind, dürften zu zweijähriger Strafarbeit verurtheilt werden, die übrigen zu Freiheitsstrafen milderer Grades. —

Nach einer Drahtnachricht sind 99 wegen Meuterei vor das Kriegsgericht gestellte Geniesoldaten zu harten Strafen verurtheilt worden. Neun Rädelshörer sind zu längerer Zuchthausstrafe und die übrigen zu verschärften Arreststrafen, theilweise auch zur Degradation verurtheilt worden. Der Militarismus wirkt überall gar segensreich, und sein Einfluß auf die Bekehrte ist sehr bemerkenswerth. —

Russisches. Wie verrottet die Zustände im Zarenreiche sind, geht auch aus folgender Thatsache hervor: Die Petersburger Stadtvertretung (Duma) kann kein Oberhaupt, also keinen Bürgermeister finden. Niemand will die erledigte Stelle übernehmen. Der Staatsrath Lichatschew, der bisherige Leiter des Gemeinwesens, weigert sich, das Amt neuerdings auf seine Schultern zu nehmen, weil er, wie die „Vossische Ztg.“ mittheilt, im vorigen Jahre in der vielerörterten Angelegenheit mit dem gefälschten Mehle vom Petersburger Stadtrathe im Stiche gelassen wurde. Auch die in Vorschlag gebrachten Personen, Baron Korff, Medwedjew und Rebrin, weigern sich entschieden, Stadthaupt zu werden. Es ist daher von einer Anzahl Gemeinderäthe der Vorschlag gemacht worden, den Zar um Ernennung eines Stadthauptes auf administrativem Wege zu bitten!! —

Analphabeten in Rußland. Nach der Zeitschrift „Nedelja“ betrug die Zahl der Analphabeten, d. h. der des Lesens und Schreibens Unkundigen unter den russischen Rekruten im Jahr 1887 — 63 pCt., das heißt von je 100 Rekruten konnten 63 nicht lesen und schreiben. Seitdem ist es nicht besser geworden. Für die Armee hat man zwar wohlweislich keine neuere Statistik gegeben; aber nach einer amtlichen Aufnahme im Innern Rußlands betrug voriges Jahr die Zahl der Analphabeten 97 pCt. aller Bewohner über 8 Jahren, in Buchstaben: sieben und neunzig von je 100! Und vor einem solchen Reich sollen wir Angst haben? Ist „der Schulmeister von Königgrätz“ so ganz vergessen? —

Die Begnadigung der überlebenden Opfer des Chicagoer Justizmordes wird von den amerikanischen und sonstigen Geschäfts-Anarchisten sehr eifrig zu Klamezreden ausgenutzt. Nun — das ist ihr gutes Recht. Bedenken aber sollten sie, daß die Denkschrift Altgeld's, mit der sie jetzt Staat machen wollen, die ganze anarchische Legende zerstört. Sie beweist, was wir von Anfang an wußten, daß die Chicagoer „Anarchisten“ nichts weniger waren als Anarchisten im Sinne der Propaganda der That, daß sie — mit alleiniger Ausnahme Bingg's — von den gewaltsamen Revolutionsmachern nichts wissen wollten und auf dem Boden des Sozialismus standen, nur daß sie in ihrer Unklarheit einen starken Phrasenkultus trieben, der ihnen bei dem Prozeß verderblich wurde.

Wie ein Theil der amerikanischen Bourgeoispreffe die Denkschrift Altgeld's beurtheilt, zeigt folgende Kraftstelle des „Globe-Democrat“ von Chicago:

Governor Altgeld's Begnadigungs-Erlaß zu Gunsten der Chicagoer Anarchisten ist ein Verbrechen gegen die Gesellschaft, ein Verbrechen gegen das Gesetz, ein Verbrechen gegen die Gerechtigkeit, ein Verbrechen gegen das hohe Amt, welches der Mann nun inne hat, dessen Unterschrift die Infamie vervollständigt.

Man sieht, wie in einem Bourgeoischädel die einfachsten Gebote der Humanität und Gerechtigkeit zu „Verbrechen“ werden, sobald sie sich gegen die Infamie und Verbrechen der kapitalistischen Gesellschaft wenden. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 13. Juli.
Friedrich-Wilhelms-Theater.
Die schöne Helena.
Froll's Theater. Die Kinder der Saibe.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Adolf Ernst-Theater. Der Schwiegerpapa.
Alexanderplatz-Theater. Othello, der Mohr von Venedig.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Sensationelle Novität!
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Große Ausstattung-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Aufzügen von Eugen Prudens. Musik von Adolph Widoeko.
Regie: M. Samst.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten auf der Sommerbühne:
Ein kleines Mißverständnis.
Lustspiel in 1 Akt. — Regie: F. Schäfer.
Hierauf:
Die Sonntagsgänger.
Posse in 1 Akt. Regie: Fritz Schäfer.
Zum Schluss:
Die Ballettschule.
Posse mit Gesang und Tanz in 1 Akt.
Regie: Hugo Hummel.
Vor, nach und zwischen den Einaktern Auftreten von Spezialitäten I. Ranges.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.
Grösstes
Schau- u. Vergnügungs-Etablissement der Welt.
Entree 50 Pf.

Castan's Panopticum.

Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schrecken des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Illusionist. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schreckenskammer.

Viktoria-Brauerei, Lühnowstraße 111-112.
Garten resp. Saal. (außer Sonnabends)
Täglich Stettiner Sänger.
Stets wechselndes Programm.
Anfang Sonnt. 7 Uhr, Wochent. 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf.
Billets Sonntags keine Gültigkeit.

Ostbahn-Park
am Küstriner Platz,
(Bermann Jmbs)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu u. sensationell: 3 Schwestern Perotti, Kunstschiffahrt, Emma u. Reinhold Hintsche, Gesangs- u. Charakter-Duettschen etc.
Volksbelustigung, jeder Art. 4 Regelmäßig u. Verfügen. Kaffeelücke geöffnet an Wochentagen von 2 bis 6 Uhr, Sonntags von 2-5 Uhr.

Etablissement Buggenhagen.
Morph-Platz.
Täglich: Gr. Garten-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Vahnhöfer Lagerbier, hell und dunkel.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.
Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Heute, Donnerstag, den 12. Juli:
Große Brillant-Vorstellung.
Zum 7. Male:
Die Erschaffung des Weibes
oder:
Das Weib durch die Jahrhunderte.
Gr. Ausstattungspantomime mit Ballet mit durchweg neuen Dekorationen, Kostümen, Requisiten etc. Gesehlt. geschäftl. Inszeniert vom Dir. Ernesto Ciniselli. Arrangements u. vornehmende Tänze vom Königl. italienischen Balletmeister Ant. Tignani.
Ferner Auftreten der renommiertesten Künstler und Künstlerinnen, sowie Reiten und Vorführen der bestdressirten Schul- und Freizeitspferde.
Achtungsvoll
Ernesto Ciniselli, Direktor.

BERLINER HIPPODROM
am Kurfürstendamm.
2 Min. von Station Zoolog. Garten.
Die für Mittwoch angekündigte Premiere „Am Strande von Ostende“ kann wegen des bei dem Charlottenburger Wasserwerk herrschenden Wassermangels erst am Freitag, den 14. d. Mts., stattfinden. Um das große Bassin stets unter Wasser zu halten, mußten zwei Rieserpumpen mit Verbindung mehrerer Brunnen angelegt werden, welche nun das nötige nasse Element liefern. Die Ausschreibung der Premiere hat insofern auch sein Gutes gehabt, als die dadurch gewonnene Zeit dazu verwendet wird, die in Berlin einzig bis jetzt bestehende Wasser-Pantomime tadellos aufzuführen zu können.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservirtter Platz 50 Pf. 4127L*
Helmut Peters.
Donnerstag, den 13. Juli: Benefiz für die Maritz-Gasch-Truppe.

Gratweil'sche Bierhallen.
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sänger vom Arnstall-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Schweizer-Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Boyer; Gebr. Candelli; Familie Grunathos; M. Grabow; Herm. Schultze u. s. v.
Im Saale: **Ball.**
— Volksbelustigungen aller Art. —
Entree 30 Pf.
Jed. Mittwoch: Familien- u. Kinderfest.

Gr. Lichterfelde. Anhalter Bahnhof.
W. Griess, Restaurant,
Saal und schattiger Garten.
NB. Einziges Lokal, welches zu Arbeiter-Versammlungen zu haben ist.
Restaurant „Lindenhof“ Stolpe
am kleinen Wannsee
hält sich zu Ausflügen den geehrten Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Belustigungen aller Art. Regelmäßig u. Kaffeelücke zur Verfügung.
Kremsier am Bahnhof Wannsee.
4193L*

Altes Schützenhaus,
Lindenstraße 5, empfiehlt seine Festsäle (500 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten.
733b
Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, **Naunynstr. 38,** u. d. Oranienplatz

Statt besonderer Meldung!
Die glückliche Geburt eines Sohnes beehren sich anzukündigen
Charlottenburg, d. 12. 7. 1893.
Rechtsanwalt **Schmilinsky** und Frau **Helene** geborene **Röstel.**
Unserm Pflöpfenbruder und Revisor **August Doyé** zu seinem heutigen Weibensfest ein dreimal donnerndes Hoch!
Der Pflöpfenverein Wedding.
Na — sagen wir mal so! [859b
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Kollege **Gust. Büttner** nebst Frau den 10. d. Mts. an der Schwindsucht verstorben sind. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Emmaus-Kirchhofs statt.
Die Kollegen der Pianofortefabrik von Hansen. 843b

Fachverein der Tischler.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege **Carl Tietzmann** am 10. Juli an der Proletarierkrankheit gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, Nachm. 5 Uhr, in Tempeln statt.
909/5
Der Vorstand.

Unsere wirthschaftliche und politische Lage. 4532L*
Rede des deutschen Reichstags-Abgeordneten **August Sebel.**
Gehalten im Dezember 1892 im Kasino Zürich III.
Nach stenogr. Aufnahme des Stolz. Stenographenbureau Zürich.
Preis: 25 Cts. = 20 Pf.
Zürich.
Verlagbuchhandlung des Schweiz. Grädlvereins.
Vereinen gestatten wir bei Massenbezug angemessenen Rabatt.

Großer Mäffen-Ausverkauf.
Nach beendeter Hauptaison kommen von jetzt ab ca. 1000 Regenmäntel à 6.— M., 500 Jaquets à 4,50 M., 200 Staubmäntel à 3,50 M., 100 Umhänge in Wolle und Seide à 8.— M. zum Ausverkauf.
48338*

Damen-Mäntel-Bazar
Leipzigerstr. 91, 1 Tr.
Breßtholen, anerkannt beste Feizkraft, wenig Könige gebend, aus dem Bergwerk bei Königsmusterhausen, per Tausend ab Platz 4 M. Beste **Seufsenberger Mariekohle** 5 M., Mittel-Qualität 4,80 M. ab Platz, frei Keller 50 Pf., frei Boden 75 Pf. pro Tausend mehr. Muster ohne Berechnung frei Haus.
830b **Frischeisen & Co.,** Kottbusser Ufer 80.

Roh-Tabak
Sumatra-Deckblatt v. 140 Pf. an, Java-Umblatt u. Einlage v. 90 Pf. an, Carmen-Umblatt v. 100 Pf. an, sowie sämtliche anderen Sorten. 4093L*
G. Elkhuyzen, Alte Schönhauserstr. 5.
Buchführung, Sämmtl. einschl. Arbeiten, auch Stunden- u. halbe tageweise, übernimmt bill. P., Buchhalter, Saarbrückerstraße 7, 1 Tr. links. 871M

Arbeitsmarkt.
Packer.
Tüchtigen Hausdiener, der mit dem Paden von Post- und Bahnsendungen genau Bescheid weiß, da nur solche Offert. berücksichtigt werden, sucht sofort **Frenshadt, Straußfleder-Fabrik,** 856b Kommandantenstr. 80/81.
Vergoldergehilfen werden verlangt 860b **Wolgasterstr. 6.**
Ein tüchtiger **Polsterer** für Möbelmagazin bei dauernder Arbeit w. verl. 4540L* **Fr. Janitzkow, Thurmstr. 45.**

Krauserinnen
für Straußfedern, echt und unecht, finden wenn geübt, dauernde und bestbezahlte Beschäftigung. 855b **W. Freystadt, Straußfedern-Fabrik, Kommandantenstr. 80/81.**
Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 43032

Freie Volksbühne.
Um das Stiftungsfest des Vereins „Freie Volksbühne“, das am 23. Juli in Schloß Schönholz bei Berlin stattfinden soll, zu einem imposanten und würdigen zu gestalten, ist es nöthig, daß außer den Ordnen des Vereins noch ca. 30-40 Personen, Damen und Herren, als Ordner fungiren.
Das unterzeichnete Komitee richtet demgemäß an die Freunde des Vereins, die diese Funktion übernehmen wollen, die Bitte, sich heute, Donnerstag, Abends 9 Uhr, bei Nordert, Beuthstr. 22, zu einer Besprechung einzufinden zu wollen.
Das Festkomitee.
J. A.: Julius Türk, SW., Solmsstr. 24.

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhaide, Bergmannstrassen-Ecke.
Heute, Donnerstag, den 13. Juli 1893: 52/13
Großes Extra-Garten-Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 15 Pf., im Vorverkauf 10 Pf. J. Froelich.

Neue Welt, Bergschloß-Brauerei, Neue Welt, Hasenhaide No. 108.
Sonnabend, den 15. Juli 1893:
Gr. Sommer-Fest
arrangirt vom
Centralverband d. deutschen Brauer
(Zweigverein von Berlin und Umgegend)
unter Mitwirkung des Gesangvereins „Gersenhöhe“ (M. d. N.-S.-B.)
Konzert, Spezialitäten-Vorstellung,
sowie **gr. Monstre-Feuerwerk, Kinderbelustigungen** jeder Art.
Grosser Sommernachts-Ball im Bal champêtre.
Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach. Damen frei.
Die Kaffeelücke steht den geehrten Damen von 2 Uhr an zur Verfügung.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Entree an der Kasse 30 Pf., im Vorverkauf 25 Pf., Kinder 10 Pf., dafür erhält jedes Kind eine Stocklaterne.
Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen, sowie bei den Vertrauensmännern der einzelnen Brauereien zu haben. 88/5
Hierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute.
Sonnabend, den 15. Juli 1893,
in Th. Keller's Hofjäger, Hasenhaide:
Diesjähriges Stiftungs-Fest
bestehend in **Konzert, komischen Vorträgen** und **gr. Sommernachtsball.**
Die Ballmusik wird von zwei Orchestern ausgeführt.
Anfang des Konzerts 7 Uhr, des Balles 8 1/2 Uhr.
Billets für Herren à 50 Pf., Damen 25 Pf., sind bei den unterzeichneten Komitee-Mitgliedern bis zum Donnerstag, den 13. Juli, zu haben, von da ab treten erhöhte Preise ein: **Klebb, Mariendorferstr. 2; Gloche, Andreasstraße 59; Girko, Naunynstr. 62; Mahn, Eisenbahnstr. 31; Dietrich, Willibald-Allee 232; Quergeb. 2 Tr.; Dorn, Welferstr. 8; Schacht, Prenzlauer Allee 232; Schultz, Pappel-Allee 10; Blankenburg, Siebenwalderstr. 33.** Außerdem bei Herrn **Württemberg, Teltowerstr. 34, und Bandelow, Langestr. 18** im Restaurant.
Das Comité.
J. A.: August Klebb, Mariendorferstr. 2.
784b

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.
Soeben erschien: 401/6*
Heft 47
der
Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsdepotiere und Kolportiere entgegen.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt, Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 162 (r. 123), Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard. Möbelst. gel. 1 M. v. Vid., Bettbed. gel. 1,25 M. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzreinigung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 8716L*

Stoppdecken
und
Schlafdecken
(mit kleinen Farbensclern)
spottbillig in der Deckenfabrik von **J. Brünn,**
Hackescher Markt Nr. 4.
(Stadtbahnhof Börse.)

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländische Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Kohlsack-Brunnenstr. 135.**
Gebr. Schaufasten verfr. Hirdorf, Berlinerstr. 93, gegenüber dem Volkstrug.
Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23, 3v**
Greifswalderstr. 99
1 Stube, Küche, Boden 74 Hct., 2 St., Küche, Boden 95 u. 100 Hct. 645b*
Neu renovirte prächtige Wohnungen zu 50, 60 Thlr. zu vermieten. 732b **Fennigerdorferstr. 24.**
Wohnungen, sehr hell und freundlich, von 70 bis 115 Thälern, Reiffswalderstr. 29. 721b
hierzu eine Beilage.

Die Sterblichkeit in den verschiedenen Berufen.

Viel und Werthvolles ist schon früher über diesen Gegenstand geschrieben worden, aber erst in letzter Zeit ist es ersten statistischen Untersuchungen gelungen, Klarheit über ihn zu verbreiten.

Eine Statistik der Sterblichkeit ist unzweifelhaft weit zuverlässiger, als eine Statistik der Krankheiten. Letztere, wie sie z. B. M. Bobio, ein gelehrter italienischer Volkswirtschaftler, im Anschluß an die Beobachtungen der Unterstufungs-Gesellschaften auf Gegenseitigkeit veröffentlichte, ist voller Widersprüche und unwahrscheinlicher Angaben. Es ist so schwierig, eine Krankheit von einem Unwohlsein zu unterscheiden; ein solches wird in der einen Gesellschaft als Krankheit erscheinen, während es in der anderen ohne Einfluß auf die Fortdauer der Arbeit bleibt. Es ist dies eine Folge der physischen Art der Arbeit der betreffenden Gesellschaft, oder des Grades der Zuverlässigkeit der Gesellschaft, oder noch weit mehr eine Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeit, Stückerarbeit oder Stundenarbeit, tägliche oder monatliche Kündigung, ein Lohn, der hoch genug ist, um den Luxus einer eintägigen Arbeitsruhe zu gestatten, oder ungenügender Lohn u. s. w. Und weiter ist man unter den Beamten etwas empfindlicher und leichter zu Unwohlsein geneigt, als z. B. unter den Erdarbeitern.

Es giebt verschiedene Auffassungen des Wortes Krankheit, während es nur einen Sinn für das Wort „Tod“ giebt,“ sagt Mons. Jacques Vertillon aus Paris.

Vergleichende Tabellen der Sterblichkeit in den verschiedenen Berufen wurden entworfen:

In England von M. William Farr für die Jahre 1860 und 1861, und für das Jahr 1871; und von M. Dgle für die Jahre 1880, 1881 und 1882 (die Jahre der Volkszählung und Zensusaufnahme, England);

In der Schweiz durch M. Kummer für die 4 Jahre von 1879—1882;

In Frankreich durch M. Vertillon für die Zeit von 1885—1889 nach dem von der Stadt Paris gesammelten Urkundenmaterial.

In den meisten Abhandlungen über Gesundheitswesen, namentlich in der des M. Proust, sind die Betriebe nach der Natur der pathologischen Erscheinungen, welche sie hervorzubringen vermögen, geordnet. Diese Klassifizierung ist streng logisch, aber sie läßt den Grad der Schädlichkeit der einzelnen Betriebe nicht immer klar hervortreten.

M. Dgle schlug 1891 auf dem Demographen-Kongreß in London folgende 7 Kategorien vor:

1. Arbeiten, die in gekrümmter oder kauerner Stellung ausgeführt werden, insbesondere solche, welche die Thätigkeit der Organe in der Brusthöhle erschweren.
2. Ueberanstrengung und besonders Muskelanstrengungen und plöbliche Bewegungen;
3. Industrien, die schädliche Substanzen, wie Blei, Phosphor, Schwefel etc. verarbeiten;
4. Arbeiten, die in schlecht gelüfteten und überhitzten Lokalitäten ausgeführt werden;
5. Exzessiver Genuß von Alkohol;
6. Grad der Wahrscheinlichkeit von Unfällen;
7. Gefahr der Einathmung von Staub verschiedener Art.

Dies war ein äußerst befriedigender Versuch. Die Klassifikation Vertillon's ist indes weit allgemeiner und vollständiger. Sie geht außerdem von dem Grad der Schädlichkeit aus.

1. Beschäftigungen, die den Menschen den Unbilben der Witterung aussetzen und ihn zugleich zur Ruhe zwingen: Kutsher, Fuhrleute. Ihr Gesundheitszustand ist der schlechteste. (A.)

2. Beschäftigungen, die den Menschen den Unbilben der Witterung aussetzen, ohne ihn jedoch zur Ruhe zu zwingen: Landwirthe, Gärtner, Jagdaufsicher u. s. w. Im Allgemeinen gesund. (B.) Bei Fischern und Schiffen wegen der Unglücksfälle eine höhere Sterblichkeit.

3. Beschäftigungen im Freien, die den Menschen dem Einathmen von harten Staubtheilchen aussetzen: Stein- und Ziegelbrenner etc. Sehr schädlich. (C.)

4. Beschäftigungen im geschlossenen Raum, die den Menschen dem Einathmen harter Staubtheilchen aussetzen, gleichviel ob der Staub metallisch ist (Maschinenbauer, Waffenschmiede, Fertiger von Präzisions- oder chirurgischen Instrumenten etc.), oder ob er von Steinen stammt (Töpfer, Kohlengräber) oder ob er animalischen Ursprungs ist (Wurstenbinder, Verarbeiter von Wolle und Haaren etc.). Die Sterblichkeit ist mindestens ebenso hoch, wie die in der vorigen Gruppe.

5. Beschäftigungen, die den Menschen zum Einathmen weichen Staubes zwingen: Bergleute, Bäcker, Weber, Schornsteinfeger etc. Im Allgemeinen ungesund, als die beiden vorhergehenden Gruppen.

6. Beschäftigungen, die den Menschen übertriebener Hitze, dem Rauch oder Dampf, aussetzen: Glasarbeiter, Mechaniker, Schmiede, Bäcker etc. (D.) Sterblichkeit mittel; die Bäcker haben eine höhere Sterblichkeit wegen des Staubes, den sie einathmen müssen.

7. Beschäftigungen, die dem menschlichen Organismus schädliche Substanzen zuführen: Feilenhauer, Maler, Buchdrucker, Bleigießer etc. (E.)

8. Beschäftigungen, die den Menschen der Versuchung des unmäßigen Genußes von Alkohol aussetzen: Bierbrauer, Weinbändler, Gastwirthe etc. (F.)

9. Beschäftigungen, die den Menschen zahlreichen Unfällen aussetzen. Es ist leicht ersichtlich, daß die Sterblichkeit hier eine erhöhte ist, aber wenn man die Unfälle außer Ansatz läßt, reichen sich die Fischer, Bergleute u. s. w. natürlich in die vorangehenden Gruppen ein. Die Sterblichkeit durch Lungenschwindsucht ist z. B. bei den Fischern halb so groß als der allgemeine Durchschnitt.

10. Sitzende Beschäftigungen. Theilweise ist die Sterblichkeit äußerst gering: Frucht-, Gewürz- und Fischhändler u. s. w. (G), Beamten besonders Post- und Telegraphen-

beamten (H); theilweise äußerst hoch: Schneider u. s. w. (J). Geringer, wenn auch immer noch hoch genug, ist sie bei Uhrmachern, Graveuren, Schuhmachern u. s. w.

11. Wissenschaftliche Berufe. Hier muß man den Wohlstand derer, welche sie ausüben, nicht außer Acht lassen. Die Sterblichkeit ist hier sehr gering; sie ist am geringsten bei den Priestern, Lehrern und Beamten (J); dann kommen die Advokaten, Architekten, Ingenieure u. s. w., endlich die Ärzte (K), deren Sterblichkeit jedoch wenigstens in Paris noch unter dem allgemeinen Durchschnitt steht. In der Schweiz und in England übersteigt sie denselben.

Zum Schlusse mögen noch einige Ziffern Vertillon's folgen:

		im Alter von			
		20—29	30—39	40—49	50—59
in Gruppe		Jahren.			
A	17	21	32	58	
B	10	14	20	30	
C	20	21	33	39	
D	12	16	24	39	
E	16	24	28	42	
F	12	21	25	30	
G	6	8	9	12	
H	6	8	11	19	
I	15	25	40	49	
J	5	8	9	30	
K	10	11	10	22	

Die in der Schweiz und in England gefundenen Resultate stimmen mit diesen französischen annähernd überein.

Parteinachrichten.

In der gestern gemeldeten Beschlagnahme ihrer Sonnabendnummer schreibt die „Schwäb. Tagwacht“ in ihrer Nr. 158: „Was wir für gänzlich ausgeschlossen hielten, ist dennoch eingetroffen. Die Beschlagnahme der Beilage unserer Sonnabendnummer wegen des ersten Leitartikels ist durch Beschluß der Strafkammer II des hiesigen Landgerichts bestätigt worden, weil sie nach Ansicht des Gerichts „den Thatbestand der Verleumdung des Landesherrn enthält“. Wir fragen uns vergeblich, worin dieselbe liegen soll, und unseren Lesern, welche in den Besitz der inkriminirten Nummer gelangt sind, wird es ebenso ergehen. Begreiflicher wird die Sache schon, wenn man weiß, daß dieselbe Strafkammer in ihrem Beschlusse zu der Ansicht kam, daß es „dahingestellt bleiben kann, ob jener Inhalt auch gegen § 111 des Str.-G.-B. (Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufruhr) verstößt.“ Es wäre also bereits so weit gekommen, daß man zu dem arbeitenden Volke nicht einmal mehr von der ihm Jahrzehnte lang gepriesenen Selbsthilfe sprechen darf, ohne sich dem Verdachte auszusetzen, daß man sich dieselbe mittels geschwungener Sensen, Dreifachsegel und Heugabeln denke. Was würde wohl Schulze-Dehlich sagen, wenn er ausstünde und sähe, daß es gefährlich werden kann, dem Bauer oder Arbeiter zu raten, er müsse sich selber helfen, da ihm niemand hilft. Er würde sicher staunen über die heute in Juristentreihen herrschenden sozialpolitischen Anschauungen.“

Wie das gleiche und geheime Wahlrecht in Pommern geübt wird. Aus dem Kreise Randow-Greifenhagen wird uns geschrieben: „Das freie Wahlrecht braucht der Landbevölkerung Pommerns nicht erst genommen zu werden, sie haben es noch nie gehabt. Bei der letzten Wahl haben wir wieder derartige Erfahrungen gemacht, daß vielen der Muth gesunken ist. In keinem Orte durften unsere Genossen im Wahllokale behufs Kontrolle anwesend sein, trotz aller möglichen Legitimationen, nur denen war der Zutritt gestattet, die aus dem Orte waren. Die Ortsangehörigen waren jedoch größtentheils nicht zur Kontrolle zu bewegen, weil auch sie vielen Unannehmlichkeiten ausgesetzt waren. Verstöße gegen das Wahlgesetz sind hundertfach vorgekommen und alle Hinweise auf das Gesetz und auf den Minister-Erlass wurden mit der Antwort abgewiesen: „Wir brauchen hier im Dorfe kein Gesetz, wir machen unsere Gesetze allein“, oder „Das werdet Ihr Euch wohl selbst gedacht haben, in unserem Gesetze steht das nicht drin. Bewahrt Euch doch, geht aber raus — oder?“ — Unter anderem wurde in Ortschaften ausgeklügelt, die Stimmzettel für Körben seien ungültig. Vielfach wurden unseren Genossen von Gendarmen die Stimmzettel entziffen und fortgeworfen. Die Stimmzettel des Gegners, welche durchstrichen waren und den Namen unseres Kandidaten trugen, wurden für ungültig erklärt. Die Arbeiter der Rittgüter wurden in Kolonnen zur Wahlurne geführt, auf der einen Seite der Herr Rittmeister, auf der anderen der Inspektor. Wehe dem, der gewagt hätte, einen sozialistischen Zettel anzufassen. Die Wahlurne, vielfach eine Zigarrenkiste oder ein offener Topf, war zum Theil ohne Kontrolle. In einem Fall machten sämtliche Arbeiter eines Gutes keinen Unterschied, als sie sahen, daß sie nicht wählen konnten, wie sie wollten. Die sofortige Entlassung ist bei mehreren die Antwort darauf gewesen, daß sie nicht konservativ gewählt hatten. Reiche man doch Protest gegen die Wahl ein, wird man stehen. In jedem Fall gehören aber Zeugen, und diese Zeugen stehen in Lohn und Brot bei denjenigen, welche entweder die Uebergriffe machten oder zuließen; jetzt schon haben wir Gemäßigtere genug zu unterstützen. Führen wir die Zeugen der jückerischen Schandthaten auf, so ist es klar, daß sie sofort von Haus und Hof gejagt werden. Daher müssen wir uns schon ins Unermessliche fügen. Ein bemerkenswerther Fall in dieser Beziehung sei hier noch angeführt. Bei der 1890er Wahl wurden einige unserer Genossen von einem Beamten gemißhandelt und später inhaftirt. Der Reichstag ordnete staatsanwaltliche Untersuchung an; die Sache hat sich drei Jahre hingezogen, jetzt ist sie als unbedeutend niedergeschlagen worden.“

In Hagen wird laut Beschluß einer am 9. Juli in Bochum abgehaltenen Besprechung von Parteigenossen aus den westfälischen Wahlkreisen am Sonntag, 30. Juli, ein Parteitag stattfinden für die Wahlkreise Dortmund, Bochum, Essen, Mies-Ries, Borken-Redlinghausen, Hamm-Soest, Lippe-Brilon, Arnsberg, Olpe, Meschede, Altena-Jerlahn, Hagen-Schmelm und Siegen-Wittgenstein. Als provisorische Tagesordnung hat die Bochumer Vorkonferenz vorgeschlagen: 1. Der gegenwärtige Stand der Parteibewegung im westfälischen Westfalen. Referent: G. Lehmann-Dortmund. 2. Die Organisationsfrage. 3. Delegirtenwahl zum internationalen Kongreß in Zürich. 4. Die Presse. Anmeldungen der Delegirten sowie alle Zuschriften sind zu richten an Chr. Sprave in Hagen i. W., Böhlerstr. 65.

Vom Münchener Ordnungsbrei, wie ihn anlässlich der Landtagswahlen die Furcht vor der Sozialdemokratie zusammengerührt hat, entwirft die „Münchener Post“ das folgende drastische Bild: Die ultramontanen Parteiführer Münchens saßen fort, ihre Partei bezw. die wenigen Zentrumswähler mit neuer Blamage zu bedecken. Nicht genug an den schmählichen Zusätzen, welche den Patrioten am Abend der Landtagswahl von den liberalen Ordnungsmännern verlesen wurden, Herr Nagler wurselt weiter. Innungsmeister Nagler, der Schwärmer für die Einführung des Befähigungsnachweises, scheint in politischen Dingen noch naiver als ein Kind zu sein. Denn — man lache nicht, das Wahlkomitee der bayerischen Zentrumspartei in München saß in einer erleuchteten Stunde den schönen Entschluß, den Liberalen brieflich mitzutheilen, daß deren Wahlmänner nur mit Hilfe des Zentrums gewählt wurden. Das vorleuchtende Motiv für diese Handlungsweise war die Furcht vor den Sozi. Nun es erreicht ist, daß die Sozialdemokraten unterlegen, glauben die ehrenwerthen Patrioten, den gerechten Anspruch auf eines der 5 Abgeordnetenmandate erworben zu haben und bitten bei den Liberalen „Siegen“ recht unterthänig, dem Zentrum einen Sitz abzutreten. Um dem Ganzen einen würdigen Schluß zu geben, drückt das Schriftstück am Ende — des Zentrums-Wahlaußschusses ausgezeichnete Hochachtung vor den abgetretenen Liberalen aus. „Hui Zuse! Den Liberalen ist nach den Vorgängen der letzten Tage die Antwort auf dieses Schreiben schon dikirt. Wer so dumm ist wie die Ultramontanen, dem gehören Prügel. Doch „Gleiche Brüder, gleiche Krappen“. Mögen sich die Leiter der vereinigten Ordnungsparteien basgen und zerkausen wie sie wollen. Für jeden anständigen Menschen bietet solch politischer Sump nur ein Bild des Eies und Ab-scheus.“

In Gmünd hat die Sozialdemokratie zum Entsetzen der Ultramontanen einen bedeutenden Erfolg in der Reichsgeldanstalt errungen. In der zweiten Versammlung des genannten Vereins erhielt unser Genosse K. Klaus von 1128 abgegebenen Stimmen 661 und wurde mit einer Majorität von 202 Stimmen wieder zum Vorstand auf die Dauer von 3 Jahren gewählt. Der seitberige Kassier Viktor Rudi wurde mit 540 Stimmen wiedergewählt, während unser Genosse Ant. Grupp 519 Stimmen auf sich vereinigte. Dabei muß betont werden, daß von seiten der Sozialdemokraten in keiner Weise öffentlich agitirt worden war, weshalb das erzielte Resultat als ein ganz besonders auffallendes zu bezeichnen ist.

Das Agitationskomitee in Erfurt beruft den diesjährigen Thüringer Parteitag auf Sonntag den 30. d. M. nach Erfurt ein. Tagesordnung: 1. Bericht des Agitationskomitees. 2. Die politische Lage. Ref. Genosse Hülle. 3. Presse. 4. Der internationale Kongreß in Zürich. 5. Anträge. 6. Wahl der verschiedenen Kommissionen.

In den sächsischen Landtagswahlen. Wie gemeldet wird, wird die Stadt Chemnitz bei den Neuwahlen für den Landtag im ersten wie im zweiten Kreise in die Wahl eintreten müssen. Der bisherige Vertreter des ersten Wahlkreises, Fabrikant Gsche, hat auffälligerweise sein Mandat niedergelegt, die Regierung wird nun zweifelsohne auch diese einzelne Ergänzungswahl mit den Neuwahlen zugleich vornehmen lassen. Den zweiten Wahlkreis der Stadt Chemnitz vertrat bisher Liebknecht. Die Chemnitzer Genossen werden infolge dieser Gestaltung der Dinge große Hoffnungen, aber auch viel Arbeit haben.

Allerhand Sächsisches. Ein politischer Naturheilverein existirt in Freiberg. Dieser Verein hat nämlich ein Mitglied ausgeschlossen, weil es Sozialdemokrat und Atheist ist. Gleichwie in anderen Orten des 23. sächsischen Wahlkreises, so kamen auch in Klingenthal, wie der „Wähler“ berichtet, Wahlbeeinflussungen schlimmer Art vor. Am Tage der Stichwahl Vormittags in der ersten Stunde betrat der Fabrikant G. den Arbeitsaal, theilte Polenz-Zettel aus und befahl: „Wer im Hirsch zu wählen hat, der gehe zur Wahl!“ Den Arbeitern kam die Sache sehr unerwartet, und sie meinten, es würde sich doch empfehlen, wenn sie erst einen andern Hock anzögen, aber der Fabrikergewaltige war anderer Meinung, er verfügte: „Jeder hat einen Hock an und so geht Ihr zur Wahl!“ Die Arbeiter, welche sich alle vorgenommen, während der Mittagsstunde zu wählen, hatten sich nicht mit dem Stimmzettel des von ihnen gewünschten Kandidaten versehen, und so wurden sie denn unter fürsorglicher Führung des Werkmeisters mit dem Kartellzettel nach dem Wahllokale getrieben; andere Zettel sich zu verschaffen war infolge der Aufsicht des Werkführers nicht möglich, da jeder Widerpenstigkeit die Maßregelung auf dem Fuße gefolgt wäre. Eine größere Anzahl Stimmen ist uns also auf diese Weise verloren gegangen und dürfte dieses Vorkommniß ein weiterer Beitrag zum Wahlprotest sein. — Leider ging der seitens der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Antrag, diejenigen Arbeitgeber mit Strafe zu belegen, welche ihre Arbeiter bei der Wahl beeinflussen, seiner Zeit nicht durch, sonst würde Herr G. durch seine Handlungsweise kriminell strafbar gewesen sein.

Der Redakteur unseres Burgener Parteiblattes, A. Diehl, hat gestern seine sechsmonatige Gefängnisstrafe angetreten. Die Strafe wurde ihm zuerkannt wegen eines die Verfassung des Bergmanns Bunte behandelnden Artikels über Klassenjustiz. Der Artikel war wörtlich der „Münchener Post“ entnommen, welche seinerwegen nicht einmal angeklagt, geschweige denn verurtheilt worden ist.

Die Reichstagswahlen in Sachsen. Nach einer auf amtlichen Quellen beruhenden statistischen Uebersicht über die Ergebnisse der Reichstagswahlen im Königreich Sachsen in den Jahren 1887, 1890 und 1893 ist die Zahl der Wahlberechtigten seit der Wahl im Jahre 1890 zwar wiederum erheblich gestiegen, doch nicht in dem Maße, wie von 1887 zu 1890. Denn während in diesem letztgenannten Zeitraume die Zunahme 45 006 betrug, betrug sie sich in dem Zeitraum von 1890 zu 1893 nur auf 41 495. Abgesehen vom 9. Wahlkreise (Freiberg), in welchem bei der jüngsten Wahl 23 Wahlberechtigte weniger vorhanden waren, als 1890, sind alle Wahlkreise an der Zunahme theilhaftig. Am erheblichsten zeigt sie sich wiederum im 13. Wahlkreise (Leipzig-Land mit den einbezirkten Leipziger Vororten), wo sie sich auf 7194 stellt. Demnach sind zu erwähnen der 4. Wahlkreis (Dresden-Neustadt nebst den Ortsgemeinden der vormalsigen Gerichts-Amtsbezirke Dresden rechts der Elbe) mit 4717, der 5. Wahlkreis (Dresden-Alstadt) mit 8868 und der 6. Wahlkreis (Dippoldiswalde und die anderen Ortsgemeinden der vormalsigen Gerichts-Amtsbezirke Dresden links der Elbe) mit 4461 Zunahme. Die größte Zahl der Wahlberechtigten fand sich bei den letzten Wahlen, wie bisher, im 13. Wahlkreise (Leipzig-Land), nämlich 62 780, die geringste Anzahl — 24 176 — im 11. Wahlkreise (Oschat-Grimma). Die Wahlbetheiligung war diesmal geringer, als im Jahre 1890, und kam der vom Jahre 1887 ziemlich gleich. Es wurden im Ganzen 594 445 Stimmen abgegeben (darunter 2010, die für ungültig erklärt wurden), das sind rund 80 pCt. der Wahlberechtigten. Die meisten abgegebenen Stimmen wurden im 13. Wahlkreise gezählt, nämlich 62 336 gültige und 123 ungültige; die

geringste Stimmenzahl ergab sich mit 17052 gültigen und 44 ungültigen Stimmen im 2. Wahlkreise (Lößau). Im Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten war die Wahlbeteiligung im 5. Wahlkreise (Dresden-Alstadt) mit 86 pCt. (gegen 84,2 pCt. im Jahre 1890 und gegen 85,4 pCt. im Jahre 1887, im 4. Wahlkreise (Dresden-Neustadt) mit 84,8 pCt. (gegen 81,4 pCt. im Jahre 1890 und gegen 80,5 pCt. im Jahre 1887), im 6. Wahlkreise (Dippoldiswalde etc.) mit 84,6 pCt. (gegen 82,4 pCt. im Jahre 1890 und gegen 75,6 pCt. im Jahre 1887) und im 15. Wahlkreise (Mittweida etc.) mit ebenfalls 84,6 pCt. (gegen 85,9 pCt. im Jahre 1890 und gegen 80,5 pCt. im Jahre 1887) am größten. Die procentual niedrigste Wahlbeteiligung war im 2. Wahlkreise (Lößau) mit 69,9 pCt. (gegen 70,7 pCt. im Jahre 1890 und gegen 70,4 pCt. im Jahre 1887).

Todtenliste der Partei. Am 10. Juli starb in Templin unser braver Parteigenosse Karl Tichmann. In allen Kämpfen, die die Partei bedrohten, hat er tapfer zur Fahne gehalten. Die Templiner Genossen bewahren ihm ein ehrendes Andenken.

In Hüttensteinach wurde am Montag der Parteigenosse Badermeister Georg Herz unter zahlreicher Beteiligung zu Grabe geleitet.

Die dortigen Parteigenossen verlieren in dem Todten einen offenen, ehrlichen Charakter, der sich nie scheute, die Wahrheit auszusprechen, auch wenn es ihm materiellen Schaden brachte.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Eine unpolitische Versammlung und ihre Folgen. Vor einiger Zeit fand in Dessau eine unpolitische Versammlung statt, in welcher Frau Reimann aus Berlin einen Vortrag hielt. An diesem Vortrag knüpfte sich eine Diskussion. Diese Versammlung bezog den Vortrag und die Debatten sollen einen politischen Charakter angenommen haben, so behauptet wenigstens die Behörde, welche einen Schutzmann in Zivil zur Berichterstattung in die Versammlung geschickt hatte. Die Behörde hat nun auf Grund des Vereinsgesetzes, da ihrer Meinung nach die Betreffenden an einer unerlaubten politischen Versammlung aktiv Theil genommen haben, dem Lokalbehörden, der Vorsitzenden und allen Rednern je ein Strafmandat über 30 M. geschickt. Da die mit dem Mandat Beglückten sämtlich gerichtliche Entscheidung beantragen, so werden die Gerichte darüber zu befinden haben, welche Umstände eine unpolitische Versammlung zu einer politischen machen.

Berufung hat der Rechtsanwalt zu Dessau gegen die Verurteilung der Genossen Franke und Schoepf zu 20 M. und die Kosten wegen Verleumdung eines Fußgängers eingelegt. Auch Franke hat Berufung eingelegt, während Schoepf sich bei dem Urtheil beruhigt hat.

Tokales.

Theater-Zensur. Die „Volk-Zeitung“ bringt folgende Notiz:

„Fraulein Elsa v. Schabelsky hat, wie wir kürzlich meldeten, die Notwendigkeit geschrieben. Als der Direktor des Alexanderplatz-Theaters die Genehmigung zur öffentlichen Aufführung des Stückes nachsuchte, versagte bekanntlich der Polizeipräsident dieselbe und hielt das Verbot aufrecht, nachdem nach Streichung verschiedener Stellen von neuem die Genehmigung erbeten war. Der Polizeipräsident stützte das Verbot darauf, daß die in dem Schauspiel enthaltene Schilderung des Soldatenlebens geeignet sei, den mit den militärischen Verhältnissen weniger vertrauten Theil des Publikums in den Glauben zu versetzen, der gemeine Soldat der deutschen Armee sei der rohesten Willkür seitens seiner Vorgesetzten schonungslos preisgegeben.“ Die auf Aushebung des Verbots von der Verfasserin des Stückes gerichtete Klage hat der Bezirks-Ausschuß, wie die „Post“ meldet, zurückgewiesen. Gründe wurden nach demselben Blatte nicht angegeben. Diese Gründe aber wären jedenfalls das Interessanteste an der Sache. Hoffentlich ist die Angelegenheit damit noch nicht erledigt. Es giebt noch eine dritte Instanz.

So lange es noch Instanzen giebt, hofft die „Volk-Ztg.“ auf die Gründe des Bezirks-Ausschusses ist sie neugierig! Als ob nicht die Gründe, auf welche der Polizeipräsident sein Verbot stützt, schon genügt! „Der mit den militärischen Verhältnissen vertrautere Theil des Publikums,“ Alle, die selbst Soldat gewesen sind, wissen das Militärleben wie den Aufenthalt in einer „Herienkolonie“ zu schätzen, wer aber nicht Soldat gewesen ist, der könnte möglicherweise auf den Glauben kommen, daß die im Erlaß des Herzogs Georg von Sachsen erwähnten Thatfachen wirklich vorkommen, und der heilige Geist des Militarismus so durch die öffentliche Theateraufführung eine Herabwürdigung oder dem unpolitischen Publikum erfahren. Wozu hat die Polizei die Theaterzensur, wenn sie dieselbe nicht in diesem Falle üben soll? Die Aufgabe der Kunst ist in erster Reihe, den Ansprüchen der Polizei- und Militärstaates, sowie überhaupt des Klassenstaates zu genügen. Die Aufgabe der Polizei ist, darauf zu achten, daß diese Grenzen nicht überschritten werden. Innerhalb dieser Grenzen hat die Kunst freies Spiel, und das schärfste Zeug kann sich frei auf der Bühne entwickeln. Die Kunst ist einmal auch eine Art prostituirter Dirne, die in gewissen Schranken gehalten werden muß. Wer diese Schranken niederreißen will, der mag getrost gleich in die Reihen der Sozialdemokratie treten; aber in den Ordnungsstaat paßt er nicht.

Eine rührende Geschichte liest das „Städterische Volk“ seinen Lesern auf: sie ist so rührend, daß wir sie auch unseren Lesern, so gottlos sie auch sein mögen, nicht vorenthalten wollen. Also das „Volk“ schreibt:

„Man schreibt und: Eine alte, ärmlich gekleidete Frau saß neben mir auf einer Bank im Friedrichshain. Sie hatte dankend eine Städterische Predigt von mir angenommen. Sagen Sie, unterbrach sie plötzlich das Gespräch, daß ich mit ihr angeknüpft hatte, ist denn kein Mensch im Reichthum, der auf die freche, gotteslästerliche Aeußerung des Liebhecht vom alten und neuen Gott ein Wort der strafenden Zurechtweisung erwidern könnte? Gewiß sind auch fromme Leute im Reichthum, aber vielleicht haben die jene allerdings gotteslästerliche Aeußerung nicht gehört,“ suchte ich zu entschuldigen. „Darf man sich da wundern,“ fuhr die alte Frau, die meine Aeußerung überhördet zu haben schien, voll Eifer fort, „daß der alte Gott mit Dürre und Mißwachs und andern Elend uns schlägt? Er hat lange genug Geduld gehabt — aber die Herren haben nun sogar den Büttel verlegt, als hätten wir ihn nicht für das Wohlthun der Saat hochwichtig! Ja, kann der allmächtige Gott noch anders, als über die vielen Verlobungen zürnen? — Und diese Sozialdemokraten — leider haben sie meinen einzigen Sohn auch gefangen — wenn sie in Knechten mit rothen Fahnen zum Vergnügen hinausfahren, dazu haben sie Geld genug, — aber unsereins zu unterstützen, keinen Pfennig! Nur die frommen Leute haben ein Herz für die Armen. Dürften wir die nicht, dann müßten wir in unserm Elend verkommen. Wenn doch unser lieber Kaiser diese gottlose Bande, die den alten Gott lästert, einmal gründlich jezt, wo es noch Zeit ist, strafen wollte!“ — Ich reichte der Frau warm die Hand und fragte, wo sie diese allerdings richtigen Grundsätze her habe. Sie sah mich groß an und fragte: „Gaben Sie denn keine Bibel? Wer die liest, der kann doch nicht anders denken!““

Arbeiter-Vorbereitungsschule (Züsch). Die Theilnehmer am Unterricht über Gesetzkunde beschloßen, diesen für die Folge am Freitag Abend 7/9 Uhr in der Reichenbergerstraße stattfinden zu lassen. Die Gewerbetreibenden, Beisitzer, Genossenschafts- und Klassenvorstände sind nochmals hierdurch zu demselben eingeladen.

Die Nummer 28 des „Sozialist“ wurde am Montag Nachmittag auf Beschluß des Königl. Amtsgerichts I Abth. 125 konfisziert, und zwar wegen Verstoßes gegen den § 190 des Reichsstrafgesetzbuches (Aufreizung zum Klassenhaß). Fast alle Artikel der betreffenden Nummer wurden als aufreizend bezeichnet. Den hauptsächlichsten Kriminalschulheuten fielen 20 Exemplare der Nummer in die Hände.

Das gestrige (Dienstag) Unwetter hat auch einem Baumriesen im Thiergarten den Todesstoß versetzt. Eine mächtige Eiche auf dem Hauptwege zwischen den Belten und der Lutherbrücke wurde vom Blitz einmal von oben nach unten gespalten, dann aber fuhr der feurige Strahl zurück und zerplüßerte den Baum von unten nach oben. Viele Zuschauer umstanden am Nachmittag die niedergelegte Eiche. Nicht weit davon steht jener Eichenbaum, unter dem der Befreite Will von der 1. Schwadron des zweiten Garde-Infanterie-Regiments am 14. August 1889 im Dienst vom Blitze erschlagen wurde. — Auch über Charlottenburg ist das Gewitter nicht spurlos hinweggegangen. Der Blitz schlug in die Fernspreitleitung der Feuerwehrt am Lühorn, verbrannte den an dem Apparate befindlichen Blitzableiter und verursachte eine lange Störung in der Leitung. Das Haus Wielandstraße 60 wurde von einem kalten Schläge getroffen; eine Giebelwand wurde eingeschlagen, und der Blitz fuhr an dem Fallrohr einer Dachrinne bis in den Keller hinab. In der Potsdamerstr. 5 wurde der Dachstuhl entzündet und zum Theil zerstört, und endlich entzündete ein Wirbelwind auf dem Gelände des alten Hippodroms einen ziemlich starken Baum.

In der Verhaftung des städtischen Verkaufsbemittlers P. N. Schünemann erfahren wir noch folgendes: Sch. ist bereits seit längerer Zeit städtischer Verkaufsbemittler und hat sein Komptoir gerade unter dem Eingang zu dem Restaurationsräume; derselbe vermittelt allerhand Lebensmittel als Butter, Käse, Eier, Fleischwaren etc. Schon vor längerer Zeit raunte man sich allerhand über Sch. in die Ohren und schon Mitte Juni wurde in dem Komptoir auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft beim hiesigen Landgerichte I eine Hausdurchsuchung abgehalten, wobei ein großer Theil der Bücher beschlagnahmt wurde. Es handelte sich damals darum, fortgesetzte Veruntreuungen festzustellen, welche Sch. seit Jahren durch unrichtige Abrechnungen begangen haben sollte. Namentlich sollte eine große Zahl der beitheiligten Personen dadurch geschädigt worden sein, daß dieselben Abrechnungen erhielten, welche öfter niedrigere Verkaufsummen enthielten, als tatsächlich erzielt worden waren. — Die Revision der Bücher muß nun doch wohl obigen Verdacht bestätigen und zu der Verhaftung des Sch. geführt haben. — Sch. soll sich auch, wie noch des weiteren verläutet, gegen die Markthallenverwaltung dadurch vergangen haben, daß er Geschäftsräume, welche er gemiethet hatte, an andere Personen weiter vermietet hat, worüber bereits ein Prozeß stattgefunden haben soll. — Jedenfalls dürfte die eingeleitete Untersuchung noch recht interessante Thatfachen zu Tage fördern.

Ein kolossaler Brand, wie solchen unsere Feuerwehrt seit langer Zeit nicht zu bekämpfen hatte, hat in der gestrigen Nacht in der Burgstr. 29 gewüthet. Die Grundstücke 29, 30, 31 dieser Straße, einem Rentier Herrn Bräunlein gehörig, bilden einen gewaltigen Komplex und befinden sich auf dem Terrain der ehemaligen Gorkulstraße, resp. des Zwirngrabens. Die eleganten fünfstöckigen Häuser sind lediglich zu Geschäftszwecken eingerichtet und dienen in ihren Hinterräumen Fabrik-Etablissements. Das Grundstück Burgstr. 29 wird gebildet durch ein Vorderhaus, zwei Seitenflügel und einem Quergebäude. In den verschiedenen Etagen befinden sich die Fabriken respektive Lagerräume derselben von Köhlermann und Jarenzansky, Möbel und Gardinendekorationen, Adolph Gms und Co., Siederien und Galanterie, Phantastiewaarenfabrik, Köcklinghaus und Kerlenofen, Korsetzfabrik, A. Wolff, Pelzwaarenfabrik u. a. m. Die hier genannten Firmen haben neben Laden- und Komptoirräumen in den unteren Etagen auch die beiden obersten Stockwerke der Gebäude des zweiten Hofes inne, welche total ausgebrannt sind. In der Nacht um 1 Uhr entbrannte der Privatwohner das vermittelst in dem ersten Quergebäude entstandene Feuer, welches schon viele Stunden hindurch gewüthet haben mußte. Als die sofort hinzugerufenen Böschzüge eintrafen, stand bereits das gesammte oberste Stockwerk der vier den zweiten Hof bildenden Häuser in Flammen. Die Feuerwehrt hatte einen außerordentlich schwierigen Stand; die eisernen Zugangsthüren zu den Geschäftsräumen waren durch das Feuer würgelnd geworden und konnten nur durch Einschlagen des Mauerwerks geöffnet werden. Das Mauerwerk der feuerfesteren Häuser war durch die Hitze geborsten, die eisernen Träger in den Geschäftsräumen geschmolzen und trotz der Weiblich-Verlängen hatte sich das Feuer sogar nach dem darunter belegenen 4. Stockwerk durchgedrungen. Es wurde sofort mit allen verfügbaren Schläuchen Wasser gegeben; die Dampfsprizen entnahmen solches direkt aus der nahen Spree und mit insgesamt 16 Hähnen, welche unter persönlicher Leitung des Branddirektors Herrn Reinhardt auf das Feuermeer gerichtet wurden, gelang es nach zwelftündiger harter Arbeit das entzündete Element, welches durch den Fahrstuhlschacht hindurch sich nach den unteren Etagen zu verbreiten drohte, zu lokalistren. Um 5 Uhr Morgens konnte ein Theil der Böschzüge wieder abrüden, die bald darauf aufgenommenen Aufräumungsarbeiten dürften sich bis Donnerstag hinziehen. Noch jezt Vormittags muß durch 4 Schläuche in die immer noch glühenden Massen Wasser gegeben werden. Der Brandschaden, der durch Versicherungsgesellschaften gedeckt ist, beträgt nach oberflächlicher Schätzung mindestens 200 000 M. Circa zwei- und drei Personen sind durch das Feuer vorläufig erwerbslos geworden.

Das Vorkommniß in der Bluth'schen Gärtnerei betreffend, über welches wir in der Nr. 156 d. Bl. vom 6. Juli den Reporterbericht brachten, sendet uns der Gärtnermeister Herr Franz Bluth aus Groß-Lichterfelde folgende „Berichtigung“: „Am Freitag, den 30. Juni 1890, habe ich ein fremdes Mädchen im Alter von 15 bis 18 Jahren gegen 1/8 Uhr Morgens in meinem eingestrichelten Garten beim Abplücken von Erdbeeren, welche sie in eine Dose sammelte, getroffen. Als ich das Mädchen aufforderte, mit mir zu dem schräg gegenüber wohnenden Amtsdieners Metzler zu gehen, versuchte sie, zu entlaufen, weshalb ich sie durch meinen Arbeiter Medler in den Hausflur meines Hauses bringen ließ, um sie dort bis zur Ankunft des Amtsdieners festzuhalten. Während ich zu diesem Schritte, entsprang das Mädchen jedoch durch ein Fenster des mit dem Hausflur in Verbindung stehenden unverschlossenen Kellers, wurde aber von dem Arbeiter Medler und meinem Gärtnergehilfen Betzmann auf einem benachbarten Kartoffelfelde alsbald wieder ergriffen. Nunmehr fing die Person an Krämpfe zu simuliren. Ich ließ sie in eine Stube auf meinem Hofe und alldann auf Anordnung des inzwischen angelangten Amtsdieners Metzler — welcher die Verhinderung des Mädchens sofort erkannte — auf einem zweirädrigen Federhandwagen durch die beiden oben genannten Leute nach dem Amtsdieners Metzler bringen, wo ihre vorgebliebenen Krämpfe alsbald nachließen und sie die Entwendung eingestand, worauf sie in ganz gesundem Zustande dem Moabiters Gefängniß übergeben wurde.“

Es ist hiernach weder ein Wort davon wahr, daß ich oder meine Leute das in Rede stehende Mädchen gemißhandelt oder „gehebt“ oder es in „empörender Weise“ forttransportirt

hätten, noch wie sich nach Vorstehendem von selbst versteht — daß ich festgenommen und in das Untersuchungsgefängniß abgeführt sei. Ebenso wenig ist es nach den von mir eingezogenen Erkundigungen wahr, daß das Mädchen von der Polizei in ärztliche Behandlung gegeben oder gar gestorben sei.

Unangenehm überrascht wurde gestern die im dritten Stock des Hauses Dammstr. 20 wohnende Wittve Schneiderin. Als sie um 8 1/4 Uhr Vormittags nach einem Auszuge die Wohnung wieder betrat, lag auf ihrem Bette die Leiche eines 19 Jahre alten Mädchens. In der That ist die Steglitzerstraße 92 in Wohnung gewesene unverehelichte Charlotte Dieling erkrankt worden, deren Vater Gastwirth in Hamburg ist. Sie hatte in Abwesenheit der Inhaberin die Wohnung betreten, um ihrem Leben durch Gift ein Ende zu bereiten und war bereits starr, als Frau Schneiderin hinzutrat.

In selbstmörderischer Absicht sprang am Dienstag Abend um 10 1/2 Uhr eine unbekante Dame in der Nähe der Museen in der Spree, wurde aber von zufällig anwesenden Personen bemerkt und noch lebend an das Land gebracht. In ziemlich hoffnungslosem Zustande wurde sie auf Veranlassung der Polizei mittels Kopp'schen Krankenwagens nach der Charite befördert. Die Persönlichkeit hat bis jezt daselbst nicht ermittelt werden können.

Hißlos aufgefundene wurde am Dienstag Abend vor dem Jelt IV ein Mann, der in die Charite übergeführt wurde, ohne daß seine Persönlichkeit festgestellt werden konnte. Dort ist er bald gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. In seinen Kleidungsstücken wurden Papiere aufgefunden, die auf den Namen Holtentrot lauten, ein weiterer Anhalt zur Ermittlung des unbekanten Gestorbenen ist nicht geboten.

Ver schwunden war seit dem 8. d. M. die unverehelichte Martha Ott aus der elterlichen Wohnung, Feughofstraße Nr. 6. Dienstag Nachmittag um 1 Uhr wurde sie als Leiche am Engel-Ufer aus dem Kanal gezogen. Wenn auch irgend welche Beweggründe für einen Selbstmord nicht bekannt sind, so dürfte die Ott doch ihrem Leben freiwillig ein Ende bereitet haben.

Polizeibericht. Am 11. d. Mts., Morgens, wurde in der Spree, beim Schlosse Bellevue, die Leiche eines etwa 40jährigen Mannes und Mittags im Luisenstädtischen Kanal, gegenüber dem Hause Engel-Ufer 4, die Leiche der seit dem 8. d. M. vermißten unverehelichten Ott angefahren. — In ihrer Wohnung in der Paulstraße wurde Morgens eine Frau erkrankt vorgefunden. — Vormittags vergiftete sich ein Mädchen in der Wohnung seiner Herrschaft, in der Steglitzerstraße. — Nachmittags fiel ein achtjähriger Knabe vor dem Hause Linienstr. 195 beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Arbeitswagen zur Erde, gerieth unter die Räder und wurde am Unterschenkel so schwer verletzt, daß er nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte. — An der Ecke der Kreuzberg- und Mödernerstraße wurde Abends ein neunjähriges Mädchen durch einen Möbelwagen überfahren und erlitt außer einer Verletzung an der Schulter anscheinend auch innere Verletzungen. — In einem Ringbahnzuge versuchte ein Maurer, zwischen den Bahnhöfen Moabit und Noabit sich mittels Revolvers zu erschließen. Er verletzte sich an der Hüfte und mußte nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden. — Hinter der National-Galerie sprang in der Nacht zum 12. d. M. eine etwa 50 Jahre alte Frauensperson in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charite gebracht. — In der Tapfierrewarenfabrik von Gms u. Co., im 8. Stock des Seitenflügels Burgstr. 29, entstand in der Nacht Feuer, das sehr schnell um sich griff und sich auch über den 4. Stock verbreitete, wo die Posamentenfabrik von Köhlermann u. Jarenzansky fast ganz zerstört wurde. — Außerdem fanden sieben kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Reichsgericht. Leipzig, 11. Juli. (Nebenkläger und Zeuge.) Vom Landgerichte Blogau war am 17. April der Redakteur des „Niederschlesischen Anzeigers“, Arthur Binkler-Lannenberg in Breslau, wegen Verleumdung des Hofraths Suhrer, des Administrators der Hüttenwerke des Herzogs von Schleswig-Holstein, zu 500 M. Geldstrafe verurtheilt worden. In der Hauptverhandlung war Herr Suhrer als Nebenkläger aufgetreten und hatte seine Ausführungen gemacht. Darauf wurde er als Zeuge vereidigt und nahm seine vorher gemachten Angaben auf den Eid. Dieses Verfahren wurde heute vom Reichsgerichte als unzulässig bezeichnet, es hob auf die Revision des Angeklagten das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Die in 6 Terminen bereits vertagte Anklagesache gegen den Schriftsteller Karl August Wald und den Kaufmann Schulz wegen eines nächtlichen Eggeses im ehemaligen Konacher-Café unter den Linden ist nun gestern durch das hiesige Schöffengericht einem vorläufigen Ende entgegen geführt worden. Es war in der Nacht zum 6. Januar d. J., als die beiden Angeklagten in Begleitung der Frau Schulz das Café besuchten und verschiedene kalte und warme Getränke zu sich nahmen. Sie befanden sich schließlich in angeheiteter Stimmung und als der Geschäftsführer ihnen nahe gelegt, daß es Zeit sei, das Café zu schließen, verwiesen sie auf das Bier, welches sie noch in ihren Gläsern hatten. Die Aufforderung zum Verlassen des Lokals mußte wiederholt werden und es kam darüber zu einer erregten Scene, während welcher Frau S. in Weintrünke verfiel. Der Oberkellner und das übrige Personal geriethen mit den Angeklagten hart aneinander, die wiederholten Aufforderungen zum Verlassen des Lokals fanden keine Beachtung, vielmehr suchte Herr Wald mit einem Stoddegen in der Luft umher und zog schließlich einen nicht geladenen Revolver aus der Tasche und drohte, Jeden über den Hausen zu schießen, der sich ihm nahen würde. Als die Angeklagten sich endlich auf der Straße befanden, entstand vor dem Café ein Aufruhr, der durch den Ruf verursacht wurde, daß im Lokal Juden zwei Leute überfallen hätten. Da die Anklagesache annahm, daß die beiden Angeklagten auch diesen Ruf ausgestoßen, so lautete die gegen sie erhobene Anklage nicht nur auf gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch bezw. Bedrohung, sondern auch auf groben Unfug. Die Angeklagten stellten, unter dem Widerspruch der Bewachungsleute, den Vorfall so dar, als ob sie in ungebührlicher Weise zum Verlassen des Lokals aufgefordert worden seien. Der Angeklagte Wald wollte, als er den Revolver zog, sich in Nothwehr befinden haben. — Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten ihren angeheiterten Zustand zu Gute, meinte aber doch, daß der Hausfriedensbruch ein ziemlich grober und die Bedrohung mit Stoddegen und Revolver eine recht krasse gewesen sei. Er beantragte deshalb gegen Wald 3 Wochen, gegen Schulz 2 Wochen Gefängniß. Die Rechtsanwälte Günther und Arnold Goldstein eintraten, daß hier ein gemeinschaftliches Handeln der beiden Angeklagten vorliege. — Der Gerichtshof meinte, daß von einer Nothwehr keine Rede sei, daß die Verweisung aus dem Lokal eine begründete gewesen und die Angeklagten sich des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, Wald auch der Bedrohung, schuldig gemacht hätten. Wald wurde deshalb zu zwei Wochen, Schulz zu einer Woche Gefängniß verurtheilt.

Unter der Anklage der Beamtenehrendung und Verleumdung Randen gestern die Schenkthür Köppchen'schen Geleute aus Charlottenburg vor der Strafkammer des Landgerichts II. Als Belastungszeuge trat der Wächter Seeger I gegen die Angeklagten auf. Derselbe bekundete, daß er an einem Dezember-Abend des

vorigen Jahres vor dem Köppen'schen Lokale gestanden habe, als sich in demselben noch Gäste befanden, trotzdem die Polizeistunde bereits überschritten war. Frau Köppen sei mit einem Schnaps und einem Glase Bier hinausgekommen und habe ihm die Getränke angeboten. Er habe sich ablehnend verhalten. Dann sei der Ehemann Köppen herausgekommen, habe seiner Frau die Getränke abgenommen und sie ihm, dem Zeugen, mit den Worten angeboten, er möge doch nicht so sein, sie wollten sich ja beide nicht in den Weg legen. Der Zeuge erblickte hierin die Aufforderung, von der Erstattung einer Anzeige Abstand zu nehmen, er habe die Getränke zurückgewiesen und sei weiter gegangen, worauf die Angeklagten ihm noch beleidigende Worte nachgerufen hätten. Da der Zeuge außer Stande war, die beleidigenden Worte wiederzugeben, so ließ der Staatsanwalt diesen Punkt der Anklage fallen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Leopold Meyer, hatte einen umfangreichen Entlastungsbeweis angetreten, um die Glaubwürdigkeit des Wächters in Frage zu stellen. Die Angeklagten räumten ein, dem Wächter Bier, Schnaps und in einem anderen Falle auch Zigarren angeboten zu haben, aber etwas Unrechtes hätten sie sich dabei nicht gedacht und am allerwenigsten den Beamten zu einer Pflichtverletzung verleiten wollen. Zunächst befandete eine Zeugin, der Wächter habe zu ihr gesagt, die Köppen'schen Geheule werde er anzeigen, wenn die Polizeistunde auch nur 3 Minuten überschritten sei. Der Wächter, der diese Aeußerung zugehen mußte, zog sich dieserhalb eine ernste Vorhaltung seitens des Vorstehenden zu. Ein zweiter Zeuge befandete, daß er sich eines Abends in einem Schankgeschäft befunden habe, welches neben dem Köppen'schen liegt. Auf Ersuchen des Wächters habe er dem dringenden Wächter Getränke hinausgebracht, welche dieser zu sich genommen habe und dann weiter gegangen sei, ohne ein Wort über die längst überschrittene Polizeistunde zu verlieren. Der Gerichtshof nahm von weiteren Beweisen, die vom Verteidiger darüber angeboten waren, daß der Wächter parteiisch verfare, Abstand und erkannte auf Freisprechung der Angeklagten.

Ein arger Betrugschwindel gelangte gestern zur Kenntnis der IV. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der frühere Hausverwalter Rudolph Kellner vorgeführt. Im vorigen Jahre verwaltete der Angeklagte ein Haus in der Karlstraße, wodurch er in den Augen der Richter zu einer angesehenen Person wurde. Gelegentlich einer Hochzeitfeier eines Miethers lernte der Angeklagte die Schwägerin des Gastgebers kennen. Er erfuhr von derselben, daß sie einige hundert Mark Ersparnisse besitze. Um in den Besitz des Geldes zu gelangen, knüpfte er mit dem Mädchen ein Verhältnis an, obgleich er verheiratet und Vater zweier Kinder war. Er schwindelte dem Mädchen vor, daß er mit seiner Ehefrau in Scheidung liege, und sobald der Prozeß beendet sei, er mit ihr die meiste Ehe eingehen würde. Einiges Tages zeigte der Angeklagte seiner Braut die schwarzumranderte Todesanzeige seiner Ehefrau. In der Hoffnung, nunmehr dem Ziel um ein Wesentliches näher gerückt zu sein, gab das Mädchen auf Verlangen des Angeklagten noch einen Hundemarschein heraus. Die Kerneife erfuhr bald, daß sie schuldig betrogen sei, der Angeklagte hatte die Todesanzeige gefälscht. Das Gericht hielt eine empfindliche Strafe am Platze und erkannte auf anderthalb Jahre Gefängnis.

Soziale Uebersicht.

Au die Töpfer von Berlin und Umgegend! Kollegen! Die Verhältnisse auf dem Bau des Töpfermeisters Weber, Geholzhir. 22 in Schöneberg, haben sich noch nicht geändert. Herr Weber erverweigert hartnäckig das Weiterarbeiten der alten Kollegen. Diese hatten sich seinerzeit geweigert, ohne Anweisung von Seiten des Meisters eine hundert Kacheln abzuladen, weil sie annehmen mußten, daß diese Arbeit nicht bezahlt würde. Am Mittwoch früh haben 11 neu angewommene Kollegen sofort erklärt, unter solchen Umständen nicht arbeiten zu können. Leider haben sich die auf dem Bau Dunderstr. 4 bei Weber arbeitenden Kollegen nicht alle mit uns solidarisch erklärt, indem von 8 Kollegen 3 weiter arbeiteten. Wir ersuchen nun die Kollegen um Fernhaltung des Zuganges in Schöneberg, Bau Geholzhir. 22. Auch machen wir den Kollegen bekannt, daß Weber im Laufe dieser oder nächster Woche in Steglitz sowie in der Driegerstraße mehrere Bauten anfängt.

Im Auftrag der Streikenden:

L. H. Wischke, G. Haus, A. Schmidt.

Au die Parteigenossen und Einwohner von Rixdorf. Da bereits seit längerer Zeit am hiesigen Orte ein Wassermangel herrscht, hervorgerufen durch die geringe Anzahl von Brunnen bei den Charlottenburger Wasserwerken, hat die am Dienstag, den 11. Juli, tagende Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ in Rixdorf eine Häuser-Kommission gewählt, die alle Mängel und Schäden in gesundheitlicher Beziehung aufsuchen und alle Uebelstände eventuell bei der Sanitätspolizei zur Anzeige bringen solle. Hierzu ist es aber unbedingt notwendig, daß alle Einwohner Rixdorfs der unterzeichneten Kommission Hilfe leisten und alle öffentlichen Schäden, die in gesundheitlicher Beziehung nachteilig sind, mittheilen. Besonders zu berücksichtigen und zu beseitigen ist folgendes: Schmutziges und spärlich fließendes Leitungswasser. Das Wasser der Hofbrunnen und ob überhaupt welche vorhanden; ferner über Klosets, Abort, Senkgruben und Müllkästen, sowie über schlechte Wohnungen, deren Lage, Größe und von wieviel Personen sie bewohnt sind u. s. w. In dieser Angelegenheit findet am Mittwoch, den 19. Juli, Abends, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Dr. Habel sprechen wird. Die Kommission besteht aus folgenden Genossen:

Gustav Fischöder, Steinmehlr. 18, I, Rixdorf
Wilhelm Krüger, Rosenstr. 21, „
Franz Schütte, Richards-Platz 15, „
Hob. Becker, Pring Handjerystr. 50, „
Jul. Bieweg, Schindlerstr. 1, „
Außerdem können Meldungen beim Genossen Hermann, Zigarrenhandlung, Richards-Platz 10, abgegeben werden.

In Wpolda ist ein Brauerstreik ausgebrochen.

In Budapest sind die Eisendreher und Metallgießer mit den Unternehmern in Differenz gerathen. Sie fordern erhöhten Lohn und Herabsetzung der Arbeitszeit. Der Ausbruch eines Streiks ist wahrscheinlich.

Das Vereindrrecht untern neuen Kurd. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands lenkt in einem Artikel die Aufmerksamkeit auf eine Verfügung des Preussischen Regierungspräsidenten, die, wenn überall durchgeföhrt, die bereits so beschränkte Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften in Deutschland noch mehr beengen würde. Die Verfügung stützt sich auf eine Entscheidung des Königl. Kammergerichts zu Berlin, nach welcher der Begriff des „Vereins“ selbst bis auf die Zahlstellen gemetlicher Zentralverbände ausgedehnt werden könne, auch wenn ihre Thätigkeit ohne Abhaltung besonderer Versammlungen sich nur auf die Einziehung von Zahltagen, die Einziehung der Mitgliedsbeiträge, Vertheilung einer gemeinschaftlichen Verbands-Zeitschrift, Entgegennahme von Anmeldeungen neuer Mitglieder und dergleichen beschränkt. Demzufolge seien die Leiter der betreffenden Zahlstellen als „Vereins-Vorsitzer“ anzusehen und als solcher gemäß § 2 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1890 für verpflichtet zu erachten, binnen 8 Tagen nach

Errichtung der betreffenden Zahlstelle das vollständige Statut des Verbandes und das Verzeichnis der Vereinsmitglieder, desgleichen auch binnen gleicher Frist eine Anzeige über etwaige Änderungen der Statuten oder im Bestande der Mitglieder, der Ortspolizeibehörde einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen. Das Korrespondenzblatt“ erteilt nun den Rath, überall da, wo vom Zentralverband eingesezte Vertrauensmänner (also nicht vom selbständig örtliche Verwaltungen bestehen) die Zahlstellen leiten, Einspruch gegen ein etwa zugehendes Strafmandat zu erheben und somit einen richterlichen Entscheid herbeizuföhren, zugleich aber den Zentralvorstand von der Sachlage in Kenntniß zu setzen. Interessant in der Verfügung des Regierungspräsidenten in Breslau ist, wie das „Korrespondenzblatt“ schreibt, die Aufforderung an die Polizeibehörden, die Gewerkschaftsorganisationen in bezug auf Ueberschreitung des § 8 des Vereinsgesetzes sorgfältig zu überwachen. Warum denn nur die Gewerkschaften und nicht auch die Innungsverbände, Kriegervereine und den Bauernbund? — Diese Vorgänge beweisen aufs Neue wieder, wie notwendig und wichtig, ja unerlässlich es für die Arbeiter ist, sich auch der politischen Arbeiterbewegung anzuschließen und mit aller Macht dahin zu streben, einen der Arbeiterklasse gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung zu erlangen. Sehr treffend schließt das „Korrespondenzblatt“ seinen beachtenswerthen Artikel: „Diese Erkenntniß muß dazu beitragen, daß die Arbeiterchaft Hand anlegt, um das „Gleiche Recht für Alle“ zur Wahrheit zu machen. Unsere heutige Gesellschaft, aufgebaut auf Klassenherrschaft und Unterdrückung der Schwachen und Beschloßenen, wird dies nicht erreichen. Darum möge jeder des Endzweckes der Bewegung, der Umgestaltung dieser Gesellschaft, eingedenk sein, wenn wir auch gegenwärtig als Gewerkschaften den Kampf um unsere Existenz und Verbesserung unserer Lebenshaltung führen.“

Ansprüche auf Altersrente wurden seit dem 1. Januar 1891 bis Ende 1892 erhoben 224 630, zurückgewiesen 89 922, anerkannt 175 674, anderweitig erledigt 4642.

Ansprüche auf Invalidenrente erhoben 86 606, zurückgewiesen 12 688, anerkannt 17 946, anderweitig erledigt 1886.

Im Jahre 1892 bezogen 187 800 Rentenempfänger 224 Millionen Mark, so daß auf den Kopf 119,28 M. gezahlt wurden, oder täglich im Durchschnitt 82,86 Pf. Das ist die Krönung der Sozialreform beleuchtet durch amtliche Daten.

Die Löhne der bei der Stadt Mainz beschäftigten Arbeiter sind laut Beschluß der letzten Stadtverordneten-Versammlung in bestimmte Klassen eingetheilt und fämmtlich erhöht, die Arbeitzeit ist von der seither eistündigen auf zehn Stunden herabgesetzt worden. Die Lohnauszahlung geschieht wöchentlich und zwar Donnerstags. Der große Wochenmarkt findet in Mainz freitags statt, die Hausfrau ist somit in den Stand gesetzt, auf den Markt haar einzukaufen zu können. Die Kündigungsfrist ist eine vierzehntägige, und auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten hat die Stadt davon Abstand genommen, von dem § 119 III der Gewerbeordnung Gebrauch zu machen; die Stadt verzichtete also darauf, sich gegen etwaigen Kontraktbruch durch eine vom Lohn abzulebende Kautions in Gestalt des Lohnes von einer Woche zu sichern. Die Zahl der bei der Stadt beschäftigten Arbeiter beträgt im Hafen 89, auf dem Friedhof 3, beim Bauamt 167, beim Reinigungsamt 122, beim Wasserwerk 21 und beim Gaswerk 98, zusammen 448 Arbeiter, deren Lohn eine Mehrzahlung durch die Erhöhung von 22 000 M. erfordert. Die Erhöhung geschieht mit Wirkung vom 1. April ab und wird am 1. Oktober dieses Jahres nachbezahlt. Ueberstunden sowie Sonntags- und Feiertagsarbeit werden mit 25 pCt. Zuschlag bezahlt. Der niedrige Lohn (für Straßenteiler) beträgt 2 M. 40 Pf. In die Woche fallende Feiertage werden vom Lohn nicht in Abzug gebracht.

Diese für die städtischen Arbeiter in die Augen springenden Verbesserungen sind entsprungen einer Anregung des sozialdemokratischen Stadtverordneten Dör, der am 1. April 1892 den Antrag stellte, die Löhne der Hafenarbeiter zu erhöhen. Und da magt es eine Lohnschreiberfelle, von hier aus an die „Boisssie“ zu schreiben, die Sozialdemokraten ließen sich von der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung den Wind aus den Segeln nehmen. Wir denken, eine solche Behauptung ist lächerlich, der obige Erfolg straft dies Lügen.

Zur Bewegung der in Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter Sachsen wird uns geschrieben:

Auf dem kürzlich in Chemnitz abgehaltenen Lagerhaltertage, auf welchem 54 Delegirte aus 33 verschiedenen Städten anwesend waren, wurde einstimmig die Gründung einer auf dem Vertrauensmänner-System beruhenden Organisation beschloßen. Zunächst stellt sich die Organisation die Aufgabe, die Sonn- und Feiertagsarbeit zu beseitigen, die übermäßig lange Geschäftszeit an Wochentagen einzudämmen und eine geregelte Mittagspause einzuföhren. Sind Mann und Frau im Geschäfte gleichzeitig beschäftigt, so ist anzustreben, daß für Beide ein besonderes Gehalt bezahlt werde. Auch soll eine bessere Regelung der Geschäftsordnungen, Kontrakte und Mantos angestrebt werden.

Erreicht soll der Zweck dadurch werden, daß von Fall zu Fall die Beauftragten der organisierten Lagerhalter mit der betreffenden Verwaltung der Vereine, wo etwas für die Lagerhalter erzielt werden soll, in Verhandlung treten. Weigert sich eine Verwaltung, in Verhandlung mit den Beauftragten der organisierten Lagerhalter zu treten, so soll die Angelegenheit in Volks- oder anderen öffentlichen Versammlungen zum Austrag gebracht werden. Der Bewegung anschließen kann sich jeder Lagerhalter, der seinen ausschließlichen Erwerb durch diese Thätigkeit erzielt. Als organisiert gilt derjenige Lagerhalter, welcher einen monatlichen freiwilligen Beitrag möglichst nicht unter 50 Pf. entrichtet.

Der freiwillige Beitrag wird vom Monat Juli an entgegengenommen. Bis zum Oktober dieses Jahres betheiligen sich die Beauftragten nicht an den zu schlichtenden Streitpunkten zwischen Lagerhalter und Verwaltung, ausgenommen bei etwa eintretendem provokatorischen Vorgehen irgend welcher Vereinsverwaltung.

Zu Vertrauensmännern sind bestimmt: 1. Hermann Schmidt, Zwickau, Richardstr. 15; an diesen sind alle Geldsendungen zu richten. 2. Ernst Grenz, Chemnitz, Louisestr. 8, 2 Tr.; an diesen hat man sich in allen anderen Angelegenheiten der Lagerhalterbewegung zu wenden.

In einem zur Ausgabe kommenden Protokoll wird ein ausführlicher Bericht über die Lage der Lagerhalter gegeben werden. Alle Lagerhalter, Konsum- und ähnliche Vereinsverwaltungen mit Tagesverkauf, sowie arbeiterfreundliche Zeitungsredaktionen erhalten nach Einsendung ihrer Adresse kostenlose Zusendung des Protokolls; die Besteller eines Orts sind gebeten, möglichst zusammen die Bestellung aufzugeben. Alle, welche außer den Vor genannten Protokolle wünschen, haben für ein Exemplar 80 Pf. an G. Grenz einzusenden.

Um die Höhe der Auflage bestimmen zu können, wird gebeten, die Adressen mit Angaben der gewünschten Zahl der Protokolle bis zum 21. Juli ebenfalls an G. Grenz einzusenden. Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um baldige angelegte Aufnahme des Vorstehenden dringend gebeten. Alle Genossen derjenigen Orte, in welchen Konsum- oder ähnliche Vereine vorhanden sind, werden ersucht, die Lagerhalter, sowie die Verwaltungen auf Obiges aufmerksam zu machen. Zu bemerken ist noch, daß sich auch die Lagerhalter außerhalb Sachsens der Organisation anschließen können.

Aus Hessen. Das Gesetz, die polizeiliche Aufsichtigung von Miethwohnungen und Schlafstellen betreffend, ist dieser Tage publizirt worden. Der Artikel 1 des Gesetzes tritt bereits mit dem 1. Oktober 1893 in Kraft, während die übrigen Bestimmungen desselben Gesetzes erst mit dem 1. April 1894 in Wirksamkeit treten. Der Artikel 1 des Gesetzes lautet: „Die Gesundheitsbeamten des Staates und die Orts-Polizeibehörden, sowie die von den letzteren Beauftragten sind befugt, die zum Vermieteten bestimmten Wohnungen und Schlafstellen einer Untersuchung in der Richtung zu unterwerfen, ob aus deren Benutzung zum Wohnen oder Schlafen Nachteile für die Gesundheit oder Sittlichkeit nicht zu befürchten sind. Gleiche Befugniß steht den genannten Organen bezüglich der Schlafräume zu, welche von den Arbeitgebern ihren Arbeitern, Lehrlingen, Dienboten u. zugezogen werden.“ Aus den übrigen Bestimmungen des Gesetzes entnehmen wir folgende Hauptpunkte: Für die zur Vermietung von Schlafstellen bestimmten Räume hat die Polizeibehörde festzusetzen, wie viel Luftraum für jede aufzunehmende Person vorhanden sein muß. Hierbei ist davon auszugehen, daß mindestens 10 Kubikmeter Luftraum für jede in einem Schlafräume zulassende Person erforderlich sind. Auf Grund dieser Festsetzung hat die Ortspolizeibehörde die Zahl der zur Beherbergung in jedem Schlafräume höchstens zulassenden Personen zu bestimmen. Diese Zahl ist in dauerhafter, leicht erkennbarer Weise an der Eingangsthere anzubringen. Die Anzeigepflicht der Vermieter erstreckt sich auf die Miethwohnungen, welche aus drei oder weniger Räumen bestehen, oder auf Kellergeschoße oder nicht unterkellerte Räume, deren Fußboden nicht mindestens 0,25 Meter über der Erde gelegen ist, oder unmittelbar unter Dach befindliche Räume, welche zum Wohnen vermietet werden sollen; es muß Auskunft gegeben werden über den Eigenthümer, sowie über die Lage des Hauses, die Lage der Wohnung, die Anzahl und Bestimmung der Räume, den Lauf des Miethers, sein Verhältnis zu den in seiner Hausgemeinschaft befindlichen Personen. Die Polizeibehörde kann die miethweise Benutzung einer gesundheitschädlichen Wohnung entweder ganz untersagen, oder von der Beseitigung bestimmen, die Gesundheit gefährdender Ursachen, abhängig machen. Mit Geldstrafe bis zu 80 M. wird bestraft, wer die vorgeschriebenen Anzeigen zu machen unterläßt oder in diesen Anzeigen wissentlich unrichtige Angaben macht, mit Geldstrafe bis zu 50 M. wird bestraft, wer die getroffenen Bestimmungen wissentlich verletzt und mit Geldstrafe bis zu 100 M. wird bestraft, wer die von der Polizeibehörde erlassenen rechtskräftigen Verfügungen nicht befolgt. Die Polizeibehörde kann nach Rechtskraft ihrer erlassenen Verfügungen, unbeschadet des Strafverfahrens, die Ausweisung der in die Wohnung bzw. die Schlafräume aufgenommenen Personen anordnen. Die Vermietung im Sinne dieses Gesetzes steht gleich jeder Vergebung von Wohnräumen oder Schlafstellen gegen Entgelt.

Mit den Arbeiterkolonien beschäftigt sich neben manchen anderen interessanten Dingen der von dem Regierungs- und Medizinalrath Dr. Roth erstattete sechste Generalbericht über das Sanitäts- und Medizinalwesen im Regierungsbezirk Köln. Ueber die pommerische Arbeiterkolonie „Reierei“ wird nach dem siebensten Jahresbericht dieser Anstalt nämlich mitgetheilt, daß diese durch den Pommerischen Provinzial-Verein zur Bekämpfung der Wanderbettelei gegründete freie Anstalt ihren Zweck, arbeitslosen Wanderern Obdach und Beschäftigung zu bieten und ihnen nach der Entlassung feste Arbeitsstellen nachzuweisen, erreicht und dadurch dazu beigetragen hat, die Bewohner der Provinz von der Plage der Hausbettelei bedeutend zu entlasten. Seit Erröpfung der Anstalt am 25. Juli 1884 bis Ende März 1891 sind 2301 Mann aufgenommen, in demselben Zeitraum wurden entlassen 2198; sodas am 1. April 1891 ein Bestand von 103 Mann in der Anstalt verblieb. In dem letzten Verwaltungsjahre wurden 827 Mann entlassen; von diesen wurden durch den Arbeitsnachweis der Anstalt 84 Mann in Stellen gebracht. Die Kolonisten haben das Recht, sich freiwillig aufnehmen zu lassen und können nach dreitägiger Kündigung die Anstalt wieder verlassen. Der Totalerdienst für die entlassenen Kolonisten betrug in dem Verwaltungsjahre 6291 M., der in Gestalt von Vorkasse und Baarzahlungen verabsolgt wurde. Die Hauptbeschäftigung der Leute besteht in der Kultivirung des 160 ha großen Moores des Gutes „Reierei“ und in ländlichen und Gartenarbeiten; kultivirt wurden bis jetzt 84 ha, die mit Winterroggen, Hafer und Erbsen bestellt sind. Die Verpflegung der Kolonisten betrug für den Kopf und den Tag 89 Pf., der durchschnittliche Arbeitsverdienst für den Tag 25 Pf. — Interessant ist in diesem amtlichen Bericht das naive Selbstbildniß, daß nicht das Wohlwollen für die Arbeitslosen diese Anstalt geschaffen hat, sondern daß die Rücksicht auf die Mittagssruhe des braven Philisters ein Motiv zur Errichtung dieses Instituts gewesen ist. Im übrigen zeigen die angeführten kahlen Zahlen, eine wie geringe Bedeutung den Arbeiterkolonien in sozial-politischer Hinsicht innewohnt. 64 Mann in Stellung gebracht, kann es eine größere Satyre auf den mit Pauken und Trompeten seiner Zeit verkündeten Zweck dieser Anstalten geben? Ganz genau so steht es mit den übrigen angeführten Zahlen; aus allen grinst die Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft hervor, das Uebel auch nur in seinen krassesten Formen zu heilen.

Bezeichnend für den wirtschaftlichen Niedergang in den letzten Jahren ist die Zunahme der Verurtheilungen wegen Bettelerei, wie sie sich aus folgender Uebersicht ergibt. Die Zahl der Verurtheilungen wegen Bettelerei und Landstreicherei im Jahre 1892 betrug 6380, diejenige der bestrafte Personen nur 5220, da bei 1160 Fällen im Laufe des Jahres bereits bestrafte Personen wiederholt bestraft wurden. Gegen das Vorjahr hat die Zahl der Verurtheilungen um 29 pCt., die der bestrafte Personen um 27,8 pCt. zugenommen, während von 1890 auf 1891 nur Zunahmen von 8,8 bzw. 6,8 pCt. zu verzeichnen waren und vorher, von 1880 bis 1890 die Verurtheilungen, von 1884 bis 1890 die Bestrafte mit wenigen Ausnahmen (1885, 1888) regelmäßig abgenommen hatten. Die Zahl der Verurtheilungen erreichte in den Vorjahren (vom Jahr 1888 abgesehen) im Monat Januar mit 923 Fällen ihren höchsten und in den Frühjahrs- und Sommermonaten sinkend, im September mit 294 Fällen ihren tiefsten Stand. Bei den Männern hat sich die Zahl der Verurtheilungen gegen das Jahr 1891 um 1492 oder 31,5 pCt. vermehrt, während sie bei den Frauen um 26 oder 8,5 pCt. zurückgegangen ist. Die Abnahme der Verurtheilungen von Frauen ist seit 1889 eine stetige.

Es ist ja bekannt, daß nicht allein die Bettelerei, sondern auch die Vergehen gegen das Eigenthum aufs engste mit der jeweiligen wirtschaftlichen Lage zusammenhängen. Das geltende römische Recht straft aber mechanisch das Opfer der Verhältnisse für die Sünden, die eine verkehrte Wirtschaftsordnung an dem Einzelnen verübt. Raum in einem andern Fall tritt das Krasser zu Tage, als wenn der Arme dafür bestraft wird, daß er nicht hat verhungern wollen.

Der Vorsitzende des Stuttgarter Gewerbevereins, Antzrichter Lautenschlager, hat der Stadt seine Kündigung eingereicht. Unser Parteiorgan, die „Tagwacht“, bebauert den Rücktritt Lautenschlagers und schreibt über seine Thätigkeit: „Beachtet bei den Arbeitgebern wegen seiner strengen Objektivität und Unparteilichkeit, war er bei den Arbeitern in hohem Maße beliebt und angesehen, nicht allein wegen seiner objektiven Betrachtung und seiner Kenntniß in Arbeiterfragen, sondern auch wegen seiner stets geübten Gerechtigkeit, die auch dann zum Ausdruck gelangte, wenn sie nach oben hin unangenehm berühren mochte. Gerade er wäre der Mann gewesen, den die Arbeiter gefannt und dem sie auch in Zukunft mit Vertrauen entgegengekommen wären. Er wäre im Stande gewesen, Reformen vorzunehmen und Einrichtungen zu schaffen, die in der stetigen Wenderung der Pro-

duktionsweise bedingt und im Interesse der Stadt, der Unternehmer und der Arbeiter absolut notwendig sind — alles Aufgaben, die nicht bürokratische Schneiderei, sondern Kenntnis der Arbeiterverhältnisse und der sozialwirtschaftlichen Probleme erfordern. — Die „Frankf. Zeitung“ fügt dem hinzu: „Es scheint, daß Herr Lautenschlager die Angriffe, die er wegen seiner arbeiterfreundlichen Gesinnung im Gemeinderathe anzuhalten hatte, zum Anlaß seines Rücktritts genommen hat.“ — Es ist weit gekommen im Deutschen Reiche, daß man nicht bloß die friedlichen Bestrebungen der Arbeiter, ihre soziale Lage zu bessern, mit dem Polizeiknäppel niederschlagen sucht, sondern, auch solche Leute aus der Klasse der Beschäftigten, welche ein mitfühlendes Herz für die Leiden der Arbeiter haben, hinstellt — wie Herrn Lautenschlager, oder daß man ihnen, wie dem Kölner Gewerberath, sogar offizielle Rügen ertheilt. Dadurch werden alle diejenigen Institutionen, welche im „Staate der Sozialreform“ zum angeblichen Schutze der Arbeiterschaft dienen, zum Rindspott herabgewürdigt.

„Das Wesen der englischen Gewerkschaften hat sich geändert. Wenn früher in einer englischen Gewerkschaft der Eintritt in den Lohnkampf angeregt wurde, so war die erste Frage, die man sich vorlegte: Können die Arbeitgeber mehr bewilligen? Erst wenn diese Frage nach sorgfältiger Prüfung aller einschlägigen Umstände, namentlich auch der Marktlage und der Leistungsfähigkeit der ausländischen Konkurrenz, bejaht werden konnte, trat man in die Prüfung der weiteren Vorfragen ein, ob die Arbeiter im Stande seien, einen Kampf aufzunehmen. Das ist anders geworden. Auch in England hat der Sozialismus (auf dem Gewerkschaften in Liverpool) die Führung an sich gerissen, der Zweck der Lohnkämpfe ist nicht mehr Verständigung mit den Arbeitgebern, sondern die Beherrschung derselben, das wirtschaftliche Moment wird von dem sozialistischen in den Hintergrund gedrängt, die Erlangung der Macht wird in England, wie es in Deutschland solange gewesen, das Ziel der von Gewerkschaften organisierten Kämpfe.“ — So schreibt das „Leipziger Tageblatt“, dieselbe Zeitung, die sonst immer der in „phantastischen Utopien schwebenden“ deutschen Sozialdemokratie den „nüchternen, praktischen“ Sinn des englischen Arbeiters als leuchtendes Beispiel vorhielt. Es ist immer erheulich, wenn ein Gegner nach langem Sträuben längt bekannte Thatsachen offen anerkennt. Daß das „Tagebl.“ die Gelegenheit benützt, um gegen die Fachvereine zu polemisieren und gegen deren Anerkennung als juristische Personen zu agitieren, versteht sich bei seiner kapitalistischen Natur ganz von selbst. Wenn es aber meint, die gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit müsse bis zu dem Zeitpunkt vertagt werden, „wo die Mehrzahl der deutschen Arbeiter ihre wirtschaftlichen Interessen wieder von dem Standpunkte des Arbeiters und nicht von dem der Sozialdemokratie wahrnimmt“, so glaubt es wohl selbst nicht, daß es jemals diesen Tag erleben wird. Was heißt das überhaupt: „Der Arbeiter soll seine wirtschaftlichen Interessen vom Standpunkte des Arbeiters wahrnehmen“? Im Sinne des „Tagebl.“ kann dem ganzen Zusammenhange nach das Wort „Arbeiter“ hier nichts anderes bedeuten als ein willenloser Arbeitsklave, der sich geduldig von dem Herrn Fabrikanten ausbeuten läßt! Jeder, der das nicht thut, ist in den Augen des „Tagebl.“ eben kein „Arbeiter“, sondern ein „Sozialdemokrat“!

Veranstaltungen.

Der jetzt offiziell anerkannte Justizmord von Chicago war das Thema, welches am 11. Juli eine von anarchistischer Seite einberufene, in der Hauptsache von Sozialdemokraten besuchte Versammlung in den Germania-Sälen beschäftigte. Wie sie eröffnete die Versammlung um 9 1/2 Uhr und referirte. Nachdem er die Zeitungsmeldung mitgeteilt hatte, wonach die drei noch lebenden von den 1886 in Chicago verurtheilten Anarchisten durch den Gouverneur Alged begnadigt worden sind unter der Begründung, daß ihr Prozeß seiner Zeit nicht unparteiisch geführt worden sei, bemerkte er, damit sei nun offiziell anerkannt, daß fünf Anarchisten ohne genügenden Schuldbeweis hingerichtet worden seien und drei weitere sieben Jahre lang unschuldig im Bucht haus geschmachtet hätten. Er ging sodann kurz auf die Verhältnisse ein, wie sie sich bis zum Jahre 1886 in Chicago entwickelt hatten und führte aus, daß die aufgeregte Arbeiterschaft Chicanos ihre bereits seit 1870 und früher geführte Agitation für den Achtstundentag durch den Gebrauch des Stimmzettels bei den Wahlen zu dem gewünschten Ziele zu führen gedachte. Um ihre so erregenden Erfolge sei sie aber von der herrschenden Klasse durch Mordgeleien bei dem Wahlakte betrogen worden. Die Arbeiter hätten sich daher genöthigt gesehen, eine andere Taktik einzuschlagen, und hätten am 1. Mai 1886 den Ausstand proklamirt. Einige Tage darauf hätte die Polizei auf dem Heumarkt in Chicago die friedlich aus einer Versammlung kommenden Arbeiter angegriffen, und im Augenblicke des Zusammenstoßes sei die Bombe geplatzt, die mehrere Schulkollegen tötete. Obwohl ein Nachweis, daß die Anarchisten dieses Attentat veranlaßt haben, nicht geführt werden konnte, sei doch acht von ihnen der Prozeß gemacht und dieselben mit Hilfe von gefäulften Zeugen und parteiischen Geschworenen verurtheilt worden. Fünf sind hingerichtet, zwei, die zu gleicher Strafe verurtheilt waren, seien zu lebenslänglichem Bucht haus begnadigt und der achte zu 15 Jahren Bucht haus verurtheilt worden. Redner schildert dann noch das muthige Verhalten der fünf zum Tode Verurtheilten in den letzten Tagen und Stunden vor ihrer Hinrichtung und schließt mit der Bemerkung, daß viele von seinen Parteigenossen erst durch das Schicksal dieser unschuldig verurtheilten, aber freudig in den Tod gegangenen Anarchisten benogen worden seien, sich dem Anarchismus zuzuwenden. In der Diskussion nahmen zunächst noch drei Anarchisten das Wort. Der erste derselben, Grodrian, nannte das große Trauergefolge, das den Leichen der Hingerichteten die letzte Ehre erwies, frage, weil es die Gesehe respektirt habe. Sattler Börner äußerte sich dahin, daß nun selbst die indifferentesten amerikanischen Arbeiter zu dem Bewußtsein kommen müßten, daß die Hingerichteten, die dem Massenhaß geopfert worden seien, die edelsten Männer gewesen. Die Begnadigung zeige, daß die Regierung schwach werde. Hermann ging mit keinem Wort auf das Thema ein, sondern sprach nur davon, daß er sich keine bestimmte Taktik ausklotzieren lasse, und erklärte sich gegen die Phrase, wodurch er sich indes in seiner „individuellen Freiheit“, selbst eine gute Portion Phrasen zu machen, nicht beirren ließ. Ihm rief jemand aus der Versammlung: „Kavachol!“ zu, was unter den Anwesenden eine kleine Aufregung hervorrief, die sich erst legte, als Wiese und Sattler ermahnten, sich durch einen einzelnen „Overtopf“ nicht föhren zu lassen. An diesen Vorfälle knüpfte Glanzenburg sehr wirksam an, indem er die Anarchisten fragte, wenn schon ein Zwischenrufer die Versammlung beinahe auflöse, wie sie sich dann eine große Gemeinschaft dächten, in der jeder lediglich die Eingebungen seiner „individuellen Freiheit“ zur Richtschnur seines Handelns mache. In seinen sonstigen Ausführungen war dieser Redner weniger glücklich. Wiese antwortete ihm, wenn die Menschheit frei sei, dann werde sie sofort zum Sozialismus übergehen, aber nicht zum volkseindlichen, autoritären, sondern zum herrschaftslosen. Frau Köhn besorgte hierauf gründlich das Geschick der Verächtlichen und Verleumdung gegen die Sozialdemokratie. Erschüttert rief die Rednerin bei den meisten der anwesenden Anarchisten mit ihren Ausführungen lebhaftest Befriedigung hervor. Nennthaler, der sich als „Unabhängiger“ bezeichnete, fragte die Anarchisten, wie sie es verwerfen könnten, daß Leute, die erwiesenermaßen Bomben fabrizirt und also zu schuldern beab-

sichtigt hätten, von der bedröhten Klasse hingerichtet würden. Fräulein Wabnitz wies darauf hin, daß die Anarchisten Kinder der kapitalistischen Unterdrückung seien. Rednerin kam des Weiteren auf ihren Prozeß und die ihr nach ihrer Verhaftung widerfahrte Behandlung zu sprechen, die sie als gefehldrige re. schilderte, und zog dann zwischen dem, was der Bombenwerfer in Chicago gethan und dem, was 1848 und später bei uns von den Soldaten verlangt worden ist, eine Parallele.

Hierbei unterbrach sie der Polizeilieutenant und löste die Versammlung auf grund des § 5 des Gesetzes vom 11. März 1850 auf. Die Anwesenden entfernten sich unter Hochrufen auf die Anarchie, bezw. auf die Sozialdemokratie. Ein halbes Duzend vor dem Lokal postirte Schulkollegen fand keine Gelegenheit einzufreten.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Zinfgießer und Stürzer beschäftigte sich am 4. Juli in einer längeren Debatte mit der Verlesung von Vogel und beschloß die Versammlung in anbetragt der schlechten Geschäftslage, von einem Streik abzusehen. Hierauf wurden die Mitglieder Joh. Zuckowiak, Emil Gutschke, Georg Rosenbauer und Otto Lehmann vom Verein ausgeschlossen, da sie trotz mehrfacher Aufforderung ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Ein Antrag, dem Wahlfonds 10 M. zu überweisen, fand Annahme, und wurde aufgefordert, recht rege für den Betrieb der Willets zu dem Sommernachtsball am 22. Juli in der Union's-Brauerei einzutreten.

Eine Generalversammlung der Radierer und Maser Filiale 4 tagte am 4. Juli. Der Kassirer gab den Kassenbericht, der eine Einnahme von 92,64 M. und eine Ausgabe von 23,35 M. aufwies. Die Verhältnisse in der G e r t 'schen Werkstatt Königsbergerstraße fanden eine eingehende Kritik durch Kollege Kautenhaus. Trotzdem die Kollegen zu der Versammlung eingeladen waren, war von denselben doch niemand erschienen. Die Mißstände die von dem Redner zur Kenntniß der Versammlung gegeben wurden, riefen eine sehr lebhaft Enttäuschung hervor. Obgleich sehr viele Kollegen schon wochenlang arbeitslos sind, werden in jener Fabrik Ueberstunden gemacht und wird auch des Sonntags gearbeitet. Die Kollegen waren sich darüber einig, daß energische Schritte vom Verein gegen solche Zustände gethan werden müssen, und wurden die Kollegen aufgefordert, bei ähnlichen Fällen dies dem Vorstand anzuzeigen.

Eine öffentliche Versammlung der Studenten und verwandten Berufsgeoffenen tagte am 11. Juli. In derselben sollte endgiltige Abstimmung über zwei eingebrachte Resolutionen, betreffend die Organisationsfrage, erfolgen. Die Anwesenden waren indessen der Meinung, daß es durchaus nicht den Wünschen und Interessen der Kollegenentschaft entspreche, sich wegen der Organisationsform zu streiten und so wurde denn über die Resolutionen zur Tagesordnung übergegangen. In anbetragt des schwachen Besuchs wurden gleichzeitig auch die übrigen Punkte der Tagesordnung, Neuwahl der Vertrauensleute und der Revisoren, sowie die Frage des Submissionswesens, bis zur nächsten öffentlichen Versammlung vertagt.

Eine Töpferversammlung, die am 9. Juli in Friedrichshagen tagte, erklärte sich mit den Beschlüssen der Berliner Kollegen gegenüber dem Töpferkongreß einverstanden, und nahm folgende Resolution an. Die Kollegen Friedrichshagens, welche bei Pecht in Spandau arbeiten, verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß der Lohnstarif sowohl, als auch die Arbeitszeit inne gehalten wird. Ueber alle Vorkommnisse haben die Kollegen den Vorstand zu unterrichten, derselbe hat dann die weiteren Schritte zu veranlassen.

Eine Holzarbeiterversammlung, die am 10. Juli in Charlottenburg tagte, beschäftigte sich mit der Frage der Umgestaltung der Zählstelle des deutschen Tischlerverbandes in eine Zählstelle des Holzarbeiterverbandes. Das einleitende Referat hierzu hielt der Kollege W i e d e m a n n aus Berlin, den Anwesenden die Veranlassung zu der Neugründung eingehend darlegend, und forderte sie auf, sich der Centralorganisation der sämtlichen Holzarbeiter anzuschließen. Ein in diesem Sinne sich aussprechende Resolution fand einstimmig Annahme.

Die polnischen Arbeiter von Rixdorf und Umgegend hielten am Sonntag, den 9. Juli, eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Verjus über das Thema: „Passenthum und Politik“ referirte. Den vortheilhaftesten Ausführungen des Redners folgten die Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit, da derselbe die Korruption der Passenwirtschaft seit den ersten Anfängen des Christenthums bis auf den heutigen Tag in kurzen Zügen geschichtlich darstellte. Zum Schluß unterzog Redner das politische Treiben der heutigen polnischen Geisteswelt einer scharfen Kritik und kennzeichnete besonders das Vorgehen des Profbes Dr. v. Jagzowski in der Sonnabendstunde des Reichstages anlässlich der Berathung über die Militärvorlage in gehöriger Weise. An die mit Beifall ausgenommenen Ausführungen knüpfte sich eine längere Diskussion, woran sich mehrere Genossen lebhaft beteiligten. — Ferner wurde denjenigen, die der politischen Organisation noch fernstehen, zur Pflicht gemacht, sich derselben unbedingt anzuschließen. Abschluß wurde bekannt gegeben, daß demnächst zwei große öffentliche Versammlungen in Charlottenburg und Berlin stattfinden werden. Nachdem zur recht regen Theilnahme an denselben, namentlich zu der in Berlin, welche am nächsten Dienstag, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's Restaurant, Alte Jakobstr. 75, stattfindet, aufgefordert wurde, die guldensuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Vermischtes.

Eine dröliche Historie weiß unser Nürnberger Partei-Organ, die „Frankische Tagespost“, zu erzählen: Im Oster Reichstags-Wahlkreis, so berichtet es, hatten bei der Hauptwahl die Wähler des Dorfes F ö r b a u (meist Wanern) für den sozialdemokratischen Kandidaten 100 Stimmen und je eine für den nationalliberalen und „freisinnigen“ Kandidaten abgegeben. Wir haben uns darüber natürlich sehr gefreut, nicht so andere Leute, die ein Haar in der Suppe gefunden haben, u. a. auch der Prinz von Schönburg-Waldenburg. Derselbe ist nämlich (Ghen?) Mitglied des Förbauer Kreisvereins, dem er zu Gurrabellen eine Trommel gespendet hat. Als dieses Ehrenmitglied das Wahlergebnis erfuhr, schrieb er sofort einen Brief an den Verein, in dem er es als eine Schande bezeichnete — das Wahlergebnis nämlich — und stieß die schredliche Trobung aus, daß er einem Verein, der so reichsfeindlich sei, nicht mehr länger angehören wolle. In diesem Sinne ging es eine Weile fort, doch zum Schluß folgte die Hoffnung, daß er bei seinem nächsten Besuch in Förbau, der im August erfolgen dürfte, eine andere Gesinnung antröffe. Daß die Genossen in Förbau nicht gesonnen sind, einer Trommel wegen ihre Gesinnung zu verschöthern, geht daraus hervor, daß dem Vernehmen nach die Mitglieder gesonnen sind, dem Prinzen das Gurrab-instrument wieder zur Verfügung zu stellen.

In Chicago entstand am Dienstag Nachmittag ein großer Brand in der Ausstellung. Ein Eis- und Waarenhaus, welches Restaurants und einen Observations-Thurm enthielt, sowie zwei Pferdeställe und eine Anstreich-Werkstatt sind abgebrannt. Durch den Einsturz des Daches fielen einundzwanzig Feuerwehrleute in die Flammen und kamen darin um; fünf andere wurden durch den Einsturz des Observations Thurms verschmettert. Außerdem wurden viele Feuerwehrleute, Wächter

und Angestellte verlegt. Vom Publikum kam niemand zu Schaden. Die Lokalisation des Feuers ist gelungen und die Ausstellungsgebäude selbst blieben unbeschädigt.

Bevölkerung der Erde. In dem Nachtrag der letzten Petermann's Mittheilungen befindet sich eine vollständige Statistik der Bevölkerung der Erde. Es verdient die darin enthaltene Tabelle der größeren Städte (über 100 000 Einwohner) wohl eine größere Beachtung. Solcher Städte besitzt England 30, Deutschland 24, Frankreich und Rußland je 12, Italien 10, Oesterreich-Ungarn 6, Spanien 5, Belgien, Scandinavien, Rumänien und die Balkanhalbinsel je 4, Niederlande 3, Portugal 2. Die Gesamtsumme der europäischen Städte mit über 100 000 Einwohnern beträgt demnach 116. Afien hat 105, China 53, Britisch-Indien 30. In Afrika sind 7 Städte, Amerika 40 (davon die Vereinigten Staaten 26), Südamerika 9, Australien nur 2. Die Totalbevölkerung aller dieser großen Städte beträgt ungefähr 80 Millionen, etwa 5,4 pCt. der ganzen Erdbevölkerung. Die größte aller Städte ist London mit 4 416 000 Seelen, dann folgt Paris mit 2 718 000, Newyork-Brooklyn mit 2 332 000 und Berlin mit 1 768 000 Einwohnern.

Literarisches.

Die Sünden unserer Zivilisation. Von Dr. G. Zeppler, Berlin, Steinh. 144 S.

Der Verfasser will unter den sog. Gebildeten für den Sozialismus Propaganda machen, ihnen die Augen öffnen über das Elend und Unrecht in dieser besten aller Welten, alle Vorurtheile, Einwände, Rügen zurückweisen, die innerhalb dieser Kreise der Sozialdemokratie noch entgegengebracht werden. Er führt seine Aufgabe in durchweg vornehmer und einfacher Weise durch, jeder Abschnitt zeugt von dem idealen Sinn eines warmherzigen Menschen, der nicht präntendirt, Originelles, Neues zu besagen, sondern in schlichter Form diejenigen Anschauungen seinen Klassenossen vorzuführen, welche ihn selbst zum Verlassen dieser Klasse, zum Uebertritt in die proletarische Kulturbewegung geführt haben.

In einem Anfang polemisiert Verfasser mit vielem Glück gegen die Vernichter der Sozialdemokratie, Eugen Richter, Adolf Wagner und v. Galdy. Möge das Büchlein den vom Verfasser erhofften Erfolg haben!

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Chemnitz, 12. Juli. Des Futtermangels wegen ist von seiten des Stadtraths ein zwei Mal wöchentlich abzuhaltender Bouragemarkt eingerichtet worden.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 12. Juli. Der Nationalkongreß der 35 Arbeitshörben beschloß ein Manifest, in welchem gegen die Maßregeln der Regierung protestirt wird und die Arbeiter aufgefordert werden, nicht an der Feier des 14. Juli theilzunehmen.

Briefkasten der Redaktion.

O. W. 138. Wenn Ihre Frau mit Ihrer Genehmigung schriftlich gemiethet hatte, so sind Sie beide aus dem Vertrag verpflichtet.

J. A. 49. 1. Es kommt auf den Inhalt des Vertrages an. 2. Ist serienkoloniepflichtig.

B. 1. Sie sind im Recht; laden Sie den Mann zum Termin. Wenn derartige Ausflüchte gemacht werden, dann beantragen Sie Theilurtheil in Höhe des Lohnes für den Hof.

3. Marx Wahlfonds. Die kühne juristische Doktorfrage, ob jemand giftig gegen Geld seinen Körper an ein medizinisches Institut für den Fall seines Todes verkaufen kann, ist zu verneinen. Niemand kann giftig über etwas verfügen, was ihm nicht gehört; der abgestorbene Körper gehört dem Lebenden so wenig wie dem Todten.

J. G. C. Für das platte Land gilt neben etwaigen für den einzelnen Bezirk erlassenen Feuerlösch-Ordnungen in der Provinz Brandenburg die Feuerlösch-Ordnung vom 31. Oktober 1878 (2. Beilage des Amtsblattes für 1879). Nach § 42 der Ordnung ist jeder arbeitsfähige männliche Einwohner zur Weildienstleistung und Unterdrückung des Feuers verpflichtet; auch muß jeder Besitzer von Jagdhieren (Militärpferde, Posthalterpferde, Geistlichen oder Bezirten unentbehrliche Pferde ausgenommen) diese zur Herbeiführung der Weildienstleistungen u. s. w. stellen. Eine Entschädigung wird nur dann gezahlt, wenn ein Ortsstatut der Gemeinde solches ausdrücklich bestimmt. Wegen Sie den Erlaß eines solchen Statuts in Ihrer Gemeinde an. Besten Gruß.

K. P., Friedenau. Eine Maschinenbauschule für Ausbildung von Technikern befindet sich Auguststr. 30. Im übrigen wenden Sie sich an ein Fachblatt.

G. S., Göttingen. Wer sich zu solchen Kriegervereinsfesten drängt und noch Festarten zu denselben löst, dem gönnen wir diese Behandlung; vielleicht wird er durch sie geschetter. Freilich glauben wir eher, daß die beleidigten Turnvereine morgen die ihnen zugesagte Beleidigung wieder vergessen haben und alles Vorgefallene als auf einem „Mißverständnis“ beruhend erklärt wird. Auf der Versöhnungsfeier der Turn- und Kriegervereine wird das Einvernehmen wieder hergestellt.

A. T., Göttingen. Da der Buchhalter erklärte, daß er Sie nicht gemeint habe, so muß Ihnen dies genügen.

Sonderbare Heilige. Das Manuscript steht zu Ihrer Disposition, da es für uns nicht verwendbar ist.

G. L., Forsterstraße. Die diesige Zählstelle der Mainzer Zuschußklasse ist unseres Wissens bei Schulz, Memelerstr. 60a, 3 Treppen.

L. S., Solmsstraße. Wenn Sie im Restaurant Bellevue noch den Kellnern in der von Ihnen bezeichneten schuodrigen Weise behandelt wurden, so wundert es uns sehr, daß Sie nicht einfach Ihrer Wege gegangen sind. Kein Mensch hat Sie doch verpflichtet, sich an canaille traktiren zu lassen.

H. 1. Ob die „Times“ in deutscher oder in lateinischer Schrift gedruckt wird? Selbstverständlich in letzterer; die sogenannte deutsche Schrift ist nur eine veränderte lateinische, von der sich alle anderen Staaten längst emanzipirt haben.

G. L. Warum soll die Frau nicht auf die Sozialdemokraten schimpfen? Das können wir doch noch vertragen.

L. K. Schönebeck. Geschäftsauskunft ertheilen wir nicht. Loge, Friedrichsberg. Wieder ein Neugierter, den die Geheimnisse der Freimaurer interessieren? 1. Was besprechen die Freimaurerlogen? Gar nichts. 2. Wer kann Freimaurer werden? Wer dumm genug ist und Geld hat. 3. Was hat der Freimaurer für Pflichten? Den Firtlesanz mitzumachen. 4. Welches sind die Pflichten der Loge den Mitgliedern gegenüber? Gleichfalls Firtlesanz.

Lina C. Bringen Sie vorkommenden Falls bestimmte Uebergriffe unter Beweisstellung zu unserer Kenntniß. Nur so können wir sie öffentlich besprechen.

V. F. Wir glauben zwar an den schneidigen Bürgermeister; um aber das Mitgetheilte zu bringen, müssen wir für jede Thatsache auch unmittelbare Zeugen haben. Das Nichtigste wäre, wenn die Beteiligten selbst zusammenträten und eine Beschwerde führten.

G. A., Wolfenbüttel. Richten Sie diese Fragen an den Parteivorstand.